

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, gegen die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3,60, monatlich 1,20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Beilagen oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtsige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr nachmittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 33.

Sonnabend, den 8. Februar 1919.

26. Jahrg.

## Vor der Entscheidung!

Der morgige Sonntag ruft die Lübecker Wähler von neuem an die Wahlurne. Sie sollen darüber entscheiden, wer in Zukunft Lübeck regieren und verwalten soll und damit zugleich auch, wie unser Staatswesen geleitet werden soll.

### Das ist von der allergrößten Bedeutung!

Die bisherigen Machthaber hoffen noch immer darauf, daß es ihnen gelingen könnte, die Mehrheit in der Lübecker Bürgerschaft zu gewinnen. Die Feinde der Gleichberechtigung des Volkes leben noch und areifen wieder nach der Macht. Klug berechnend haben sie sich „auf den Boden der gegebenen Tatsachen“ gestellt, um, sobald ihre Zeit gekommen, die Errungenschaften der Revolution umzuwerfen und — schlimmer noch als zuvor — das alte Regiment der Gewalt, der Unterdrückung und der schrankenlosen Ausbeutung des Volkes wieder aufzurichten.

Sie schlummern nicht. Sie lauschen nur auf das Wehen des Windes, ob er ihnen günstig scheint.

Sie sind die alten geblieben. Schon ihre Kampfesweise zeigt es. Verdunkelung, Verdrehung, Verleumdung und Lüge sind die Mittel, mit denen sie glauben, Stempel auf ihre Leinwände locken zu können, um durch sie neue Macht zu gewinnen.

Als Bauernschreck, als Mittelstandsvernichter, als Beamtenfeinde stellt man die Sozialdemokratie hin. Kann jemand noch ernstlich von solchen Dingen reden, wo ihnen die Tatsachen doch allzu hart ins Gesicht schlagen?

Die Frauen werden ganz besonders umworben. Das Mittel der Angst um ihrer Seele Seligkeit dient in den Händen der „Deutschnationalen“ als Waffe schmutziger Wahlmanöver.

Die Sozialdemokratie ist keine Feindin der Religion. Sie achtet und schützt jede Meinung und Ueberzeugung, die ehrlich ist. Die Aufhebung der Staatskirche, das heißt die Trennung der Kirche vom Staat, wird erst die Freiheit der Religion wirklich sicherstellen.

Die Sozialdemokratie erstrebt für alle gleiches Recht auf Bildung. Sie wird deshalb ihre Macht benutzen, um die allgemeine Volksschule und die Einheitschule einzuführen.

Die Sozialdemokratie schützt das Recht der Vereinigung (Koalitionsrecht) nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Angestellten, Beamten und Lehrer — kurz, für alle, die mit Hand oder Kopf arbeiten.

Freiheit der Gesinnung, freie Presse, freies Vereins- und Versammlungsrecht für alle Staatsbürger ist ihr oberster Grundsatz.

Schutz der Arbeitskraft, Schutz aller Arbeitenden gegen Ausbeutung ist heute notwendiger denn je. Erneuerung der Volkskraft, Frauen- und Mutterchutz, Bekämpfung der Kindersterblichkeit und der Schwindsucht, Besserung der Ernährung sind unentbehrlich, um den Ueberlast des Krieges wieder auszugleichen.

Hilfe für die Erwerbslosen, die wirtschaftlichen Opfer des Krieges, ist des Staates heilige Pflicht.

Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens ist das oberste Gebot der Stunde.

Die sozialistische Neugestaltung unter Beobachtung der Entwicklungsgesetze muß kraftvoll in Angriff genommen werden.

Mit ihr wird die Massenarmut verschwinden. Bis das Ziel erreicht ist, muß die Armenpflege humanisiert werden.

Die Lasten des Staates aber müssen getragen und getilgt werden durch ein Steuersystem der ausgeglichenden Gerechtigkeit.

## Freiheit und Wohlstand!

Wollt ihr sie euch und euren Kindern sichern, dann erfüllt am Wahltag eure Pflicht, tretet ein für die Sozialdemokratie, gebt ihr den Sieg — einen Sieg, gewaltiger noch als am 19. Januar!

Männer und Frauen an die Wahlurne! Wählt einmütig die

## Liste Stelling!

Sie enthält nur Namen von erprobten Kämpfern und Kämpferinnen für die Sache des Volkes.

### Nationalversammlung.

Weimar, 7. Februar.

Alterspräsident Pfannkuch eröffnet die Sitzung um 9.15 Uhr. Nach Verlesung von Begrüßungstelegrammen beginnt die Wahl des Präsidenten.

Alterspräsident Pfannkuch: Wir treten nunmehr in die Tagesordnung, Wahl des Präsidenten, Vizepräsidenten und Schriftführer, ein. Für die Wahl des Präsidenten ist § 9 Abs. 2 und § 3 der Geschäftsordnung maßgebend. Danach wird der Präsident sowie jeder der drei Vizepräsidenten in besonderer Wahlhandlung durch Stimmzettel mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Hat sich die absolute Mehrheit nicht ergeben, so sind diejenigen 5 Kandidaten, welche die meisten Stimmen in enger Wahl erhalten haben, auf die zweite engere Wahl zu bringen. Tritt in dieser letzten Wahl Stimmgleichheit ein, so entscheidet das Los. Die Wahlhandlung erfolgt durch Namensaufruf, wobei jeder Abgeordnete mit „Hier“ antwortet und seinen Stimmzettel in die Urne wirft. Schriftführer Dr. Pfeiffer führt die Liste beim Namensaufruf.

Alterspräsident Pfannkuch verkündet das Ergebnis der Präsidentenwahl. Von den abgegebenen 399 Stimmen haben erhalten: Dr. David (Soz.) 374 (Beifall), Dr. Cohn (U.S.) 1, Dr. Heintze (Deutsche Volkspartei) 1, Fehrenbach (Christliche Volkspartei) 1 Stimme. 22 Zettel wurden unbeschrieben abgegeben. (Zurufe: Aha, die Unabhängigen!)

Abg. Dr. David erwidert auf die Frage des Alterspräsidenten: Ich nehme die Wahl an. Er nimmt hiermit den Präsidentenposten an und richtet an die Versammlung folgende Ansprache:

Meine Damen und Herren! Zunächst glaube ich in Ihrer aller Sinn zu handeln, wenn ich unserem verehrten Alterspräsidenten herzlichsten Dank für seine Tätigkeit ausspreche. (Beifall.) Ich danke Ihnen für das große Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zum Präsidenten bewiesen haben. Es ist ein schweres verantwortungsvolles Amt. Ich will es gerecht und unparteiisch verwahren. Ich will mit besten Kräften bemüht sein, der schwierigen Aufgabe gerecht zu werden, die Geschichte dieses Hauses zu betreten und zu fördern. Ich könnte es aber nicht wagen, das zu übernehmen, wenn ich dabei nicht auf Ihren guten Willen und auf Ihre kollegiale Mithilfe rechnen dürfte. Nur im Vertrauen auf diese übernehme ich die Führung der Geschäfte. Gewalttätige Aufgeben harren unfer, Krieg und Revolution haben das alte Regierungssystem zermürbt und zertrümmert. Der alte Bau ist zusammengebrochen. Wir wollen einen neuen errichten. Dieser Neubau soll ein besseres, wohlthätigeres Haus für unser Volksgemeinschaft sein, als das alte war. An Stelle des früheren, auf Vorrechten einzelner und staatsbürgerlicher Bevorzugung einer Minderheit aufgebauten Systems soll eine auf voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung beruhende Demokratie treten. (Beifall.) Demokratie war bis vor kurzem noch in Deutschland ein recht übel beleumundetes Wort. Es muß auch heute den einen oder den andern rückwärts gerichteten Geist geben, den ein un-

behagliches Gefühl, beschleicht kein Klange dieses Wortes und doch ist Demokratie der Ausdruck des höchsten politischen Ideals. Das Volk als Ganzes wird hier von jeder Bevormundung frei und Herr über sein eigenes Geschick. Der Wille der Mehrheit ist die letzte Entscheidung in Interessengegenständen des Ganzen. Nur das unerschütterliche Festhalten an diesem Grundgesetz kann die Gefahren beschwören, die laus uns drohen, die aus den inneren Gegensätzen und Kämpfen entspringen können. So weit die Demokratie, indem sie dem Volk das hohe Recht der Selbstbestimmung gibt, auch die hohe Pflicht der politischen Selbstsücht jedes einzelnen auf. (Sehr gut.) Das demokratische Recht des einzelnen findet seine Grenze in dem demokratischen Recht der anderen. Nur bei gegenseitiger voller Achtung der demokratischen Rechte kann ein solches Staatswesen gedeihen. Auch in diesem Hause muß diese Pflicht der Demokratie gelten. Dieses Haus soll eine Stätte der freien Unterordnung sein des einzelnen unter den höheren Zweck und das Werk der Gesamtheit. Lassen Sie uns alle bestrebt sein, durch unsere Arbeit den Beweis zu erbringen, daß Deutschland ein für die Demokratie reifes Land ist. (Beifall.) Hart werden die Meinungen auseinanderplatzen, aber nie wollen wir vergessen, daß die Augen der Millionen, die uns hierher gelangt haben, ja, die Augen der ganzen Welt auf uns gerichtet sind. Seien wir uns auch dessen wohl bewußt: nicht Worte nur erwartet ein in Not und Qual leidendes Volk von uns, sondern Taten. (Lebh. Zustimmung.) Nur durch reches thätiges Wirken werden wir das Vertrauen rechtfertigen, das man auf uns setzt.

Meine Damen und Herren! Neben der großen Aufgabe des Verfassungsneubaus sollen und müssen wir die noch schwerere Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Angriff nehmen. Auch hier soll neues Kösteres an die Stelle des Alten gesetzt werden. Die Revolution ist nicht nur eine politische, sie ist auch eine wirtschaftliche und soziale Revolution. Es wäre verhängnisvoll, das zu verkennen. Ein neues höheres Gesellschaftsideal lebt in den Massen des werktätigen Volkes: Sozialismus! Auch dieses Wort hat für manche Leute heute noch einen schreckhaften Klang. Auch hier muß die Brücke gegenseitigen Verständnisses geschlagen werden, damit wir zur fruchtbaren Zusammenarbeit auch auf diesem Gebiete kommen. Das alte Wirtschaftsleben brühte auf dem Gegensatz zwischen Kapitalgewinn und Arbeitslohnung. Die aus ihm hervorgegangene gesellschaftliche Kultur zeigte den Gegensatz zwischen einer dünnen kulturreichen Oberschicht und einer kulturarmeren, in einem nicht gerade direkten physischen und geistigen Elend dahinsinkenden breiten Unterschicht. Die Idee des Sozialismus ist die Ueberbrückung dieses Gegensatzes. Nur durch Lösung dieses Problems kann der dauernde Frieden im Innern unseres Volkes errichtet werden. (Beifall.) Die Zukunft zeigt uns ein Volk, das in allen seinen Schichten ein Kulturvolk ist. Ein solches Ideal trägt eine gewaltige Kraft in sich. Das Wählen der Millionen nach Normen kultureller Gleichberechtigung findet in ihm seinen Ausdruck. Nur wer das versteht, wird ohne Haß und Furcht dem Drängen der Arbeitermassen gerecht werden. Demokratie und soziale Gerechtigkeit vereinigt, werden das deutsche Gemeinwesen gemäß der Idee zum deutschen Land und zum deutschen Volk mächtig erheben lassen. Zum deutschen Land und zum deutschen Volk gehört bis zur Stunde auch Elend-Vorbringen. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß dort die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung verhindert worden sind. Wir senden dem elend-losbringenden Volke unsern Gruß und werden nicht aufhören zu fordern, daß auch ihm das Recht der Selbstbestimmung aber seine nationale Zugehörigkeit gewährt wird, wie in den Wilsonschen Grundgesetzen ausgesprochen ist. (Lebh. Beifall und Händeklatschen.) Und zu diesem deutschen Land und Volk gehört auch der deutsch-österreichische Bundesstaat. (Beifall und Händeklatschen.) Die Begeisterung, mit der alle Randgebungen zu seinem Wiederaufstieg hier aufgenommen sind, legt Zeugnis ab, wie sehr diese Vereinigung dem ganzen deutschen Volke herzensnahe ist. Ich gebe mich der Hoffnung hin, die Vertreter Deutsch-Österreichs in nicht allzu ferner Zeit als Kollegen in unserer Mitte willkommen heißen zu dürfen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Die Arbeit der Nationalversammlung soll die Freude unseres Volkes an seinen politischen und sozialen Einrichtungen erhöhen. Die Nationalversammlung ist das weithin sichtbare Zeichen eines neuen großen nationalen Willens, des Willens zur redenden Erneuerung und des Willens zur kraftvollen Geltendmachung der Lebensrechte unseres Volkes nach außen. So möge denn von Weimar eine Flamme ausgehen, die die Herzen unseres Volkes erwärmt, die seine Seele erleuchtet in dieser düsteren Zeit nationalen und persönlichen Leidens, um mit neuem Lebensmut und neuer Kraft aus dem finsternen Tal der Gegenwart den Aufstieg zu finden zu einer lichteren und höheren Zukunft. (Lebh. Beifall und Händeklatschen.)

Es folgt die Wahl von drei Vizepräsidenten mit gleichen Rechten.

Abg. Gröber (Zentr.): Ich schlage vor, alle drei Vizepräsidenten in einem Wahlgang zu wählen. Da ferner, wie ich durch die Blume (auf das Blumenbeet vor der Rednertribüne weisend) (Heiterkeit) ja sagen kann, eine Verflüchtigung unter den Parteien erzielt ist, so schlage ich vor, die Wahl durch Zufall vorzunehmen.

Abg. Haase (U.S.) widerspricht diesem Vorschlag, jedoch die Wahl durch Zettelabgabe erfolgen muß. Das Ergebnis der Wahl ist, daß zu Vizepräsidenten gewählt wurden: Abg. Fehrenbach (Zentr.) mit 371 Stimmen, Hauptmann (Dem.) mit 374 Stimmen und Dietrich (D.Natf.) mit 368 Stimmen. 25 Stimmzettel waren ungültig. Die gewählten Abgeordneten erklären, daß sie die Wahl annehmen.

Es folgt die Wahl von acht Schriftführern. Die Wahl findet ebenfalls durch Zettelabgabe statt. Der Präsident bittet das Haus um die Ermächtigung, das Ergebnis der Abstimmung durch die Schriftführer nach Schluß der Sitzung ermitteln zu lassen. Die Ermächtigung wird erteilt.

Die nächste Sitzung findet am Sonnabend 3 Uhr nachmittags statt.

Tagesordnung: Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

# Politische Rundschau.

Deutschland.

## Geschickte Einigungsverhandlungen.

Die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, ob die Unabhängigen bereit seien, unter Ablehnung ihrer Kriegskarte nach den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie an der Regierung mitzuwirken, ist von den Unabhängigen durch folgendes Schreiben ablehnend beantwortet worden:

„Auf Ihr Schreiben vom 5. Februar erwidern wir folgenden: Für die Fraktion der U. S. P. D. kommt der Eintritt in die Regierung solange nicht in Frage, wie die gegenwärtige Gewaltverhältnisse beibehalten ist, und bis die sämtlichen Mitglieder der Regierung nicht nur das Bekenntnis ablegen, sondern auch den entschlossenen Willen bezeugen, die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der Revolution gegen die Bourgeoisie und gegen die Militärautorität sicher zu stellen.“

Die Fraktion der U. S. P. D. Fritz Seyfer.

Diese Sprache führen die Leute, die durch ihr unverantwortliches Treiben den bürgerlichen Parteien die Mehrheit verschafft haben, die nie ein Ehrenwortlein gegen die wirkliche Gewalt Herrschaft der Spalstischen Anarchie die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der Revolution gefährdeten und täglich neu gefährden — schreibt dazu mit Recht der „Vorwärts“.

## Sozialdemokratischer Antrag zu Genauen der deutschen Kriegsgefangenen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

Die deutsche Nationalversammlung erhebt auf Grundlage ihrer Beschlüsse Protest gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen über den Abschluss des Waffenstillstandes hinaus, während die Gefangenen der Alliierten bis zum letzten Mann in die Heimat zurückgeführt sind. Sie ruft das Gewissen der Welt, sie ruft die Neutralen und alle menschlich Denkenden auf, sich mit ihr zu vereinigen in der Forderung, den Gefangenen die Heimat, den Familien den Gatten und Vater zurückzugeben, die Inhaftierung von den Angehörigen getrennt mit Ungeduld der Erlösung aus der Gefangenschaft zu erwarten. Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern jenseits der Grenze ihren dankbaren Gruß, und die erste Versicherung, daß sie nicht ruht, bis ihr Recht zur eisbaldigen Befreiung anerkannt ist.

## Eine eifrige Abordnung

unter der Führung eines Generals wünschige Teilnahme an der Nationalversammlung als Vertretung der vertriebenen Elässer. Gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und von Teilen der Demokraten wurde die Teilnahme der Elässer an den Sitzungen aus formellen Gründen abgelehnt.

## Noch eine neue sozialistische Partei!

Die Sozialdemokratische Korrespondenz meldet, daß Däumla und Richard Müller eine neue Partei, das „Deutsch-Sozialistische Kartell“ („Deska“) gegründet haben. Diese Partei solle alle umfassen, die auf dem Boden der Räte-Regierung stehen.

## Zur Grundlegung Liebknechts und Hoja Luxemburgs.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division teilt über das bisherige Ergebnis der Verhandlungen mit, daß Liebknecht von einem Jäger namens Runge zwei Kolbenstücke erhalten hat. Gegen Runge ist ein Haftbefehl erlassen. Er hat behauptet, zu seiner Tat dadurch veranlaßt worden zu sein, daß seine Entlohnung aus der Arbeit auf die von Liebknecht veranstalteten Unruhen zurückzuführen gewesen sei. Ueber die Ermordung Liebknechts im Berggarten hat die Untersuchung nichts wesentlich Neues ergeben. Auch Frau Luxemburg ist von dem Runge mit dem Karabiner auf dem Kopf geschlagen worden. Ein anderer Mann, angeblich auch ein Soldat, hat ihr auf der Fahrt mehrere Schüsse veretzt. Ueber den angeblich auf sie abgefeuerten Schuß ist weiteres noch nicht ermittelt. Ihre Leiche konnte bisher noch nicht gefunden werden.

## Vom Soldatenrat-Kongreß.

Im Kongreß der Korps-Soldatenräte wurde die Bildung eines Reichs-Soldatenrates beschlossen, der gemeinsam mit der Regierung die Kommandogewalt ausüben sollte. Ferner wurde eine Antwort an Weimar beschlossen, die die Verordnung vom 19. Januar über die Kommandogewalt ablehnt, da sie auf rechtsungewöhnlicher und revolutionär-verfassungswidriger Grundlage beruhe. Die Delegation des 8. Armeekorps verließ hierauf unter Protest den Saal, da sie der Kongreß hiermit außerhalb des Gebietes gestellt habe. In einer zum Schluß angenommenen Resolution ermahnt der Kongreß die Notwendigkeit an, den deutschen Arbeiter gegen fremdlandische Angriffe zu schützen, jedoch dürfe die Verbannung von Freiwilligen nur durch das betreffende Generalkommando mit dem Korps-Soldatenrat erfolgen.

## Die „Sozialisierung der Gemeinden“.

Die bürgerlichen Parteien erheben ein Wortgehoß über die Verfügung der Regierung, die Gemeindevorstände auf Grund des Allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts der Männer und Frauen in ganz Preußen einzusetzen. Sie behaupten, das sei gescheitert, das sei eine brutale Vergewaltigung der Gemeinden.

Wir verstehen den Schmerz der Kapitalistenklassen, die bisher in den Kommunen geherrscht haben und nunmehr abtreten müssen. Aber wir begreifen nicht, daß Parteien, die sich demokratisch nennen, so unverständlich sind, gegen die gleiche Wahl anzugehen. Die bloße Forderung der Revolution hat alle Privilegienverhältnisse in Deutschland unmöglich gemacht, und wenn jetzt in den Gemeinden gewählt, was vorher im Reich und in Preußen geschah, die Gewerkschaft der Kommunisten nach dem demokratischen Wahlrecht der Welt, so ist das nur die unabwendbare Konsequenz des Sturzes der alten Gewaltverhältnisse. Wer das als Unrecht empfindet, zeigt damit nur, daß er ein heimlicher Feind der Volksherrschaft ist. Und es ist nicht über den Wahlausgang, daß die „Demokraten“ so maßlos demagogisieren.

## Reform der Einkommensteuer.

Die vom Finanzministerium des Reiches vorgeschlagene Reform der Einkommensteuer durch die Erhebung progressiver Einkommensteuern überall da, wo bisher das Einkommenprogressiv in den Händen der Landwirte oder anderer Ber-

waltungsbehörden gelegen hatte, soll nunmehr durchgeführt werden. Das Finanzministerium hat im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern in Aussicht genommen, demnächst alle diejenigen Landräte und ersten Bürgermeister der Stadtkreise, die zurzeit noch den Vorstoß in den Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen führen, von diesen Dienstlichkeiten zu entbinden und durch besondere Staatskommissare zu ersetzen. Sodann alsdann durch das gesamte Gebiet des Staates hauptamtliche mit besonderer Fachausbildung ausgerüstete Beamte als Leiter der Kreissteuerbehörden einzusetzen werden. Inwieweit nicht aus besonderen Umständen für die Notwendigkeit ergeben wird, für die Ueberleitung der Geschäfte einen späteren Termin innerhalb des laufenden Kalenderjahres zu wählen, soll die Neueinrichtung zum 1. April dieses Jahres durchgeführt werden. Die schon jetzt bestellten hauptamtlichen Steuerkommissare sollen im allgemeinen ihre Amtsstelle beibehalten, doch soll ihnen in geeigneten Fällen zugleich die Leitung der Steuerämter benachbarter Kreise mit übertragen werden. Für jeden einzelnen Kreis bleibt aber, entsprechend der Vorchrift des Einkommensteuergesetzes, die besondere Einkommensteueranlagungskommission bestehen. Gleichzeitig soll nachdrücklich darauf hingearbeitet werden, die Vorbereitung aller mit der Verwaltung der Steuerämter betrauten Beamten, insbesondere auch auf dem Gebiete der kaufmännischen und landwirtschaftlichen Buchführung und Bilanztechnik zu verbessern.

## Wanern und die Zukunft des Räteystems.

Für Mitte Februar ist eine große Tagung der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte in München in Aussicht genommen, die sich mit den Beschlüssen des Aktionsrates des Räte wegen der Beibehaltung des Räteystems und Einleitung der Räte in die Verwaltung beschäftigen soll. Der Aktionsrat des Räte von Bayern ließ an die Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte eine programmatische Erklärung hinausgehen, in der betont wird, daß der Weiterbestand der Arbeiter- und Bauernräte als wirkliche Träger der Revolution und der Weiterbestand der Soldatenräte als Exekutivgewalt geordert werde.

## Das Elberfeld und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 8. Februar.

### Vorteilsgenossen und Parteigenossen!

Helft morgen bei den Wahlarbeiten. Steht Euch den Bezirks- oder Distriktsführern zur Verfügung! Meldet Euch noch heute im Parteibüro an!

Das Wahlkomitee eilt morgen die gleichen Funktionen aus wie bei der Nationalversammlungswahl.

### Die Vereinfachung der Wahlfunktion

erfolgt am Sonntagabend im Gewerkschaftshaus. Um 8 Uhr wird in dankenswerter Weise der Chorverein etliche geeignetelieder zum Vortrag bringen.

## Auf zur Wahl!

Wählerinnen und Wähler! Morgen sollt Ihr zeigen, ob Ihr politisch reif seid, indem Ihr alle zur Wahl geht und die richtige Partei wählt, die allein eure Interessen zu vertreten weiß: die Sozialdemokratische Partei. Gebt den bisherigen bürgerlichen Machthabern und ihren Parteien die richtige Antwort. Die Deutschnationalen tun so, als wählten sie gar nicht mehr, daß sie früher die Stütze der Junkertafel, der Militärs, der Großagrarier und der Schwerindustriellen gewesen sind und wollen euch einfangen, um euch wieder zu willfährigen Werkzeugen ihrer Mächtigkeit zu gewinnen. Sie hängen noch immer an Wilhelm II. und seinen Generälen und wegen es nur nicht, auch ins Gesicht zu bekennen, wie gern sie den bürgerlichen Diktator wieder an seinen Platz führen möchten. Die demokratische Partei präsentiert eine Mutterkarte aller fortschrittlichen und nationalliberalen Arbeiterinnen, aller Tischler des Bank-, Industrie- und Handelskapitals und glaubt, ihr merkt den Schwindel nicht, wenn sie hier und dort eine demokratische Persönlichkeit einstreut, und dabei ist es doch das alte Liberalismus in seiner ganzen abgestuften Herrlichkeit. Bisherig liberal und demokratisch gekannte bürgerliche Politiker sind von den Herrschenden hochachtungsvoll fast gesteuert worden. Mitgibt Euch die Listen dieser Parteien nicht wählen. Wählt die Partei, die eure Interessen immer mutig vertreten hat:

### die Sozialdemokratie.

Sie will Brot schaffen, nicht versprechen. Sie will Arbeit schaffen, aber freie und ausreichend bezahlte Arbeit.

Sie will Frieden schaffen und Versöhnung mit den Völkern aller Länder.

Sie will Freiheit, nicht Willkür, Ordnung, nicht Unrecht.

Unterstützt sie, indem ihr wählt den Wahlvorschlag Nr. 7, Liste Stellung!

Auf die Chancen! Auf zum Sieg!

Wer noch keinen sozialdemokratischen Stimmzettel hat, der kann ihn heute noch im Parteisekretariat, Johannisstraße 58, oder morgen vor den Wahllokale anfordern. Es ist bei der Eile, mit der die Vorbereitungen für die Wahl erfolgen müssen, immerhin möglich, daß Wähler versehentlich ohne sozialdemokratischen Stimmzettel geblieben sind. Solche bedauerlichen Versehen lassen sich leider nicht ganz vermeiden. Nichtsdestoweniger hat aber jeder freiwillig gekannte Wähler, jene wahlberechtigten Frau, jedes wahlberechtigte Mädchen die Pflicht, morgen den Wahlvorschlag Nr. 7, beginnend mit dem Namen Johannese Stellung abzugeben. Die Wahlzeit dauert in den städtischen Bezirken von 9-6 Uhr, in den Landbezirken von 10-2 Uhr.

### Stimmzettel zur Bürgerchaftswahl.

Da bei den Wählern vielfach Zweifel über die Gültigkeit und Ungültigkeit von Stimmzetteln bestehen, wird uns vom Wortführer der Bürgerchaft folgenden mitgeteilt:

Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn er Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthält, einseitig, ob die Wahlvorschläge mit einander verbunden sind, oder nicht.

Strichungen oder Umstellungen von Namen sind statthaft, zur Umkehrung genügt aber nicht die einfache Uebersetzung der Namenfolge. Der Stimmzettel ist niemals zu überschreiben.

Strichungen oder Umstellungen von Namen sind statthaft, zur Umkehrung genügt aber nicht die einfache Uebersetzung der Namenfolge. Der Stimmzettel ist niemals zu überschreiben.

Namen, die in den Wahlvorschlägen nicht enthalten sind, hinzuzusetzen, ist zwecklos, da sie gestrichen werden.

Wir wollen noch einmal darauf hinweisen, daß die Stimmzettel dem Wahlvorsteher zusammengepackt übergeben werden müssen und zwar so, daß die darauf enthaltenen Namen verdeckt sind. Wahlzettels kommen nicht zur Benutzung. Darin unterscheidet sich also das Wahlverfahren von dem für die Nationalversammlung gültigen. Wir möchten dringend empfehlen, die sozialdemokratischen Stimmzettel, der acht Namen enthält, unverändert abzugeben.

## Sie fallen schon vor der Wahl um!

Die sogenannte deutsch-demokratische Partei hat sich ihrem gegenwärtigen Programm für gewisse notwendige Sozialisierungsmaßnahmen ausgesprochen.

Gestern Abend äußerte sich der Bürgerchaftskandidat der deutsch-demokratischen Partei Herrmann Eichenbun in den „Lübeckischen Anzeigen“: „Das drohende Gefährdung der Sozialisierung muß verschwinden!“

Die „Demokraten“ legen danach schon vor der Wahl ihr neues Programm außer Kraft. Wer keine Wetterjahre in der Bürgerchaft will, der muß demnach für die Liste Stellung stimmen!

## Die erbärmlichste Wahlmacht

wird noch in letzter Stunde von den sogenannten Demokraten bestritten. In Flugblättern, die so schmutzig sind, daß die Urheber schon ihren Namen darunter zu setzen, wird gegen die Sozialdemokratie gehetzt. Heute mittag wurde ein solches Flugblatt auf den Straßen verteilt, das einen Keil zwischen Arbeiter und Soldatenrat treiben möchte. Es ist von der ersten bis zur letzten Seite ein eintöniges und erlogenes Machwerk schlimmster Art. Es ist unwahr, wenn darin behauptet wird, daß von U. und S. Rat Lübeck irgend eine regierungswidrige Handlung getroffen wurde, wahr ist, daß wir das Vorgehen der Bremer Kommunisten auf das entschiedenste verurteilt haben. Der Uebergriff gegen das Post- und Telegraphenamt ist einmütig vom U. und S. Rat nicht billigt worden. Er war vom alten Korpsratsrat in Lübeck angeordnet, dem die Lübecker Garnison untersteht. Die Beschlüsse haben auch den alten Korpsratsrat nicht angeht. Die Behauptung des „demokratischen“ Flugblattes, daß der Lübecker Soldatenrat im Monat Januar 100 000 Mark verausgabt habe, ist eine unerhörte Lüge. Es sind im Jahre 1918 vom Ausbruch der Revolution bis Jahresabschluss — also in 2 Monaten — 27 888,90 Mark laut Bilanzbuch ausgegeben worden. Im Monat Januar betrug die Ausgabe rund 24 900 Mark. Also noch nicht ein Viertel der Summe, die sich die demokratischen Liegenheiten aus ihren schmutzigen Fingern gelogen haben. Die Lübeckische Staatskasse hat bisher im Januar 15 000 Mark für den U. und S. Rat zu bewilligen gehabt. Wählerinnen und Wähler! So sieht die Wahrheit aus! Mit solchen erbärmlichen Mitteln operieren die Deutsch-Demokraten und ihr Anhang, aus Furcht vor der Futterskrippe verdrängt zu werden, und aus Angst vor der sozialdemokratischen Wahrheit vor keinem Mittel der Niedertracht scheuen diese Herrschaften zurück. Alle ankündigen Leute müssen darauf mit der Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels antworten.

## Am Grabe noch pflanzt er die Hoffnung auf.

Im alldeutschen Lübeckischen Amtsblatt liest Herr N. (Schiffing?) gestern Abend folgenden bürgerlichen Hoffnungsstrahl bliden:

Wenn ich im Morgen im Ergebnis für den 9. Februar nicht schwarz sehe, ja sogar eine bürgerliche Mehrheit keineswegs als Utopie betrachte, so mache ich für meine Annahme zwei Gesichtspunkte geltend: einmal erwarte ich, daß die radikalstehenden und rechtsregierungsfeindlichen Neigungen auch in der Lübecker Sozialdemokratie weiten Kreisen der Bevölkerung gerade durch die Ereignisse der jüngsten Tage mehr und mehr klar geworden sein, und daher das Heer der sozialdemokratischen Mitläufer stark herabzubrechen werden. Eine aufklärerische Arbeit gerade zu diesem Zeitpunkt sollte bürgerlichseits unentwegt betrieben werden. Ferner aber hoffe ich, daß die inzwischen weiter erstarrte und ausgebaute Organisation beider bürgerlichen Parteien ein Wahlscheitern nicht sozialistischer Wähler mit Erfolg bekämpfen wird; sodas aus den Reihen bereit, die am 19. Januar nicht gewählt haben, noch starker bürgerlicher Zugang zu erwarten ist.“

Die „aufstrebende Verbearbeitung“ der bürgerlichen Parteien besteht darin, daß sie das Publikum mit Räuberrisiken über den U. und S. Rat zu erschrecken suchen und ausgiebig mit Lüge und Verleumdung arbeiten. In dem geistigen Sinn unserer Bevölkerung und der Einsicht der Wähler werden die Hoffnungen der Wahlrechtsfeinde, die auch aus Staatsmitteln große Summen für kriegsverlängernde Unionspropaganda bewilligten, sicher zu schanden werden! Das geschieht durch die Abgabe der Liste Stellung.

Die Soldatenwehr in Lübeck richtete an die Nationalversammlung in Weimar nachfolgendes Telegramm:

Die Angehörigen der republikanischen Soldatenwehr in Lübeck, größtenteils altegediente Leute, geben die Versicherung ab, daß sie unbeeinträchtigt durch das Verhalten einiger Soldatenräte oder sonstiger radikaler Strömungen nach wie vor geschlossen auf dem Boden der gegenwärtigen Regierung stehen. Sie erklären, daß sie als eine aus Reichsmitteln besoldete Reichstruppe es als ihre Pflicht ansehen, die gegenwärtige republikanische Staatsform und das Nationaleigentum zu schützen, sowie für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Die republikanische Soldatenwehr in Lübeck.

Aus dem Wortlaute dieses Telegramms wird auch die Lübecker Bevölkerung ersehen, welche Aufgaben und Ziele die höchste Sicherheitsstruppe hat. In Rücksicht auf die verschiedenen in den letzten Tagen in der Presse enthaltenen Veröffentlichungen über den Soldatenrat wird die Mitteilung beruhigend auf die Bevölkerung wirken. Es mag noch erläuternd bemerkt sein, daß die Sicherheitsstruppe eine durch kriegsministerielle Erlasse eingesetzte Wehr darstellt.

## Vier Volksversammlungen

wurden Donnerstag Abend in verschiedenen Lokalen unserer Stadt abgehalten. Sie beschäftigten sich mit den bevorstehenden Bürgerchaftswahlen. Im Gewerkschaftshaus gab Genosse Löwigt einen Rückblick auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bürgerchaftsfraktion. Er wies an der Hand von Tatsachen nach, daß sie in dem höchsten Klassenparlament auf den verschiedensten Gebieten die treibende Kraft war. Besonders für die ausreichende Unterstützung der Arbeiterfamilien, die Schaffung einer paritätisch verwalteten Arbeitsvermittlung, die Hebung der Wohnungsnot sei sie immer und immer wieder eingetreten. Das bisherige Wahlrecht wurde von ihr von jeher mit aller Schärfe bekämpft. Rechner forderte unter lebhaftem Beifall zur Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten auf. Scharfe Zurückweisung empfing das neueste Flugblatt der „demokratischen“ Partei.

Dann nahm Genosse Schermer das Wort. Der sozialdemokratischen Partei ist es um Hebung des ganzen Volkes zu tun. Sie vertritt besser als jede andere Partei die Interessen aller. Wirklich nicht Selbständigen. Wenn wir aber unter deutschen Volk haben wollen, kann das nur auf zweierlei Weise geschehen: 1. durch Verbesserung der Volkswirtschaft, 2. durch

**Bildungsweiser.** Es gilt, ein gesundes Volk heranzuziehen, nur ein solches kann geistig gehoben werden. Die Sozialdemokratie ist die Partei der Schulreform. Der Referent wies dann nach, daß die fortschrittliche Volkspartei früher auch für Schulreformen eingetreten sei, als sie dieselbe aber hätte durchführen können, habe man die Forderungen fallen lassen. Die Einheitsliste ist eine Forderung der heutigen Lehrerschaft und nicht auch von unserer Partei seit Jahren vertreten. Neben erklärter Bedenken den Aufbau der Einheitsliste. Was das Programm der demokratischen Partei anbetrifft, hat man seitens dieser Partei in unserem Programm fürstlicher Gehör als Spartalisten. Aber wie weit man dieses Programm in die Tat umsetzen wird, steht dahin. Die meisten Herren, die es heute vertreten, haben es noch vor kurzem bekämpft. Nur die Sozialdemokratie tritt seit Jahrzehnten auch für die Erfüllung ihrer Forderungen ein. (Starker Beifall.) In der anschließenden Debatte sprachen Frau Kamm und Frau Jachmat sowie Kew, Goldt und Salamone die gleichfalls die Notwendigkeit betonten, daß am Sonntag die Bürgerwahlen eine sozialdemokratische Bürgervereinsmehrheit ergebe. Nach anfeuernden Schlussworten des Referenten forderte der Vorsitzende Genosse K. Müller, zur neuen Wahlteilnahme zum Eintritt in die Partei und zum Abonnement auf den „Lübcker Volksboten“ auf.

Im Neu-Lauerhof sprach vor einigen hundert Anwesenden der Genosse Gustav Ehlers. Derselbe erörterte kurz die gegenwärtige politische Situation und ging dann speziell auf die Lübecker Verhältnisse über. Er gestellte sich vor, das Verhalten der bisherigen reichstehenden Bürgervereinsmitglieder in allen den unteren Bevölkerungsschichten angehenden Fragen. Neben diesen die Herren auf dem Wahlvorschlag der Demokratischen Partei, abgesehen von bis zur Revolution die Arbeitervereine, Arbeitervereinsmitglieder und Gegner des Verhältnismäßigens waren. Darum solle man sie nicht nach ihren jetzigen Verfassungen beurteilen, sondern nach ihrem bisherigen Verhalten. Neben dem ging dann ausführlich auf die wichtigsten Punkte des Kommunalprogramms ein und hielt scharfe Kritik an dem Inhalt der vorliegenden Entwurfsentwürfe der Demokraten. Wenn schon mit so plumpen Lügen vorzugehen würde, dann sei es nicht um deren Sache bestellt. Zum Schluss forderte Genosse Ehlers alle Anwesenden auf, nun noch bis zur Wahl zu agitieren und am 9. Februar zu zeigen, daß wie bisher die Gegend um Neu-Lauerhof herum sich als Hochburg der Sozialdemokratie erweisen hat. In der Diskussion erklärte Genosse Heine, Müller noch einige Details der Wahlordnung und des Wahlverfahrens und forderte auch zu reger Beteiligung auf. Darauf schloß der Vorsitzende Genosse Jäger die Versammlung.

Im Kollokium war der Besuch der Versammlung nicht groß. Genosse Brömmel wies auf die Wichtigkeit der Bürgervereinswahl hin und behandelte die Politik der sozialdemokratischen Mehrheit. Genosse Brömmel behandelte das Schulprogramm unserer Partei, forderte die Abschaffung der Privatschulen und die Erweiterung der Staatsbildung, um dann die Fragen des Volksgesundheitswesens eingehend zu besprechen. Beide Referenten verurteilten die vom S.-Rat des N.-A.-R. angeordnete Postkontrolle als einen bedauerlichen Mißgriff und brandmarkten die in dem Wahlvorschlag zum Ausdruck gekommene niedrige Kampfesweise der demokratischen Partei. Eine Kraftanstrengung aller Parteigenossen müsse uns am Sonntag die sozialdemokratische Bürgervereinsmehrheit bringen.

Im Marienhof erläuterte in der Wahlerversammlung Genosse Mehlert unser Wahlprogramm und wies nach, daß es in dringendem Interesse der Bevölkerung liegt, eine sozialdemokratische Mehrheit in der Bürgerschaft zu erzielen. Genosse Mehlert erläuterte unsere Schulforderungen, während Genosse Henze die Arbeiten der sozialdemokratischen Fraktion im bisherigen Lübecker Klassenparlament den Erschienenen vor Augen führte. Alle Redner fanden lebhaften Beifall und die Zustimmung der Diskussionsredner.

**Demonstration.** Heute mittag suchte eine größere Anzahl Arbeiter und Arbeiter, die bei den Notstandsarbeiten beschäftigt war, vor das Rathaus zu ziehen. Die dorthin führenden Straßen waren aber durch Mannschaften der Sicherheitswehr abgesperrt, um zu verhindern, daß wieder, wie am vorigen Sonntag, Leute in das Rathaus eindringen könnten, die dort Diebstähle und Beschädigungen vorgenommen hätten. Da die Forderungen der in Frage kommenden Arbeiter, wie uns mitgeteilt wird, bereits erfüllt waren, so erscheint der Zweck der Demonstration sehr rätselhaft.

Zu einer Arbeitserledigung auf der elektrischen Hebebaustelle in Rudwig kam es im Laufe des gestrigen Nachmittags. Die Arbeiter hatten einen erhöhten Zuschlag für Sonntagsarbeit und die Erlegung des Straßenbahrschienen verlangt. Letztere Forderung wurde ganz, erstere teilweise bewilligt. Darauf ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Während der Arbeitserledigung ruhte auch der Lübecker Straßenbahnbetrieb, da der elektrische Strom fehlte.

**Waldschwämme Naturkunde.** In der Februarversammlung der Vogelgruppe sprach Herr Hagen über unsere Vögel in Freiheit und Gefangenschaft. Mit kurzen treffenden Worten wurde sowohl die Lebensweise dieser Vögel als auch in der freien Natur, als auch ihr Benehmen im Käfig geschildert. Die Vögel sind sehr auffällig gefärbt. Als Stubenvögel sind alle, abgesehen vielleicht vom Gimpel und Bergfink, sehr beliebt. Sie gehören daher zu den beliebtesten Tieren unserer gefiederten Sänger. — Der bis Ende Januar anhaltende milde Winter war nicht ohne Einfluß auf die Vogelwelt. Im Lauerhof wurden bereits am 8. Januar 3 Waldschneepfen erlegt, auch überwinternde Stare, Fische und viele Waghalsdrosseln wurden noch gesehen. Besonders erwähnenswert dürfte sein, daß Ringelstärker schon seit Anfang Januar ruhen. Ein Buchfink machte schon am 19. Januar, eine Amiel am 22. Januar die ersten Singversuche.

Im Lübecker Stadttheater gelangte am Mittwoch Strindbergs nachdenkliches, interessantes Schauspiel „Frau Marzita“ zur Aufführung und hinterließ bei dem größten Teil des zahlreich erschienenen Publikums eine bedeutende Wirkung. Freitagabend erlebte die Oper „Ein Maskenball“ von Verdi, die durch den Reichtum ihrer Melodien und das in ihr pulsierende dramatische Leben fesselt, eine packende Wiedergabe. Wir kommen auf beide Vorstellungen zurück.

**Sanitatheater.** Am Sonntag nachmittag geht zum ersten Male das Kindermärchen „Tischlein, deck dich!“ in Szene, während abends das Schuberke'sche Schauspiel „Das Dreimäderlchen“ wiederholt wird. Das erfolgreiche Werk wird auch am Montag und Dienstag auf dem Spielplan bleiben.

**Fahrraddiebstahl.** Abhanden gekommen und vermisslich gesucht ist gestern ein in einem Hausflur der Breiten Straße hingestellt gemeines Fahrrad, Marke Siegfried. Das mit Gummibereifung versehene Fahrrad hat schwarzes Gestell und ebensolche Felgen. Der Rahmen ist mit gelben Strichen abgesetzt. Der linke Handgriff ist defekt.

**Verdächtig.** Festgenommen wurde ein Bekannter einer hiesigen Drogerie, der in dem dringenden Verdachte steht, seinem Lehrern ätherische Öle von namhaftem Werte gestohlen zu haben.

**Ein Diebsspaar.** Ermittelt und festgenommen wurden ein Matrose und ein Dienstmädchen, die gemeinschaftlich in Raffenhöfen eine Ziege und in Klein-Wesenberg Gänse gestohlen hatten. Von den Gänzen haben die Diebe zwei verkauft und eine selber verzehrt. Die Ziege hatten sie geschlachtet und waren im Begriffe, das Fleisch als Hammelfleisch zu verkaufen.

**Schlutup.** Die Wählerversammlung, die am Freitagabend im Saale des „Gasthauses zur Post“ stattfand, war sehr gut besucht. Genosse Brömmel sprach zu den Bürgervereinswahlen, schilderte die politischen Vorgänge der letzten Wochen und erläuterte das sozialdemokratische Kommunalwahlprogramm in wirkungsvoller Weise. Seine Rede fand lebhaften Beifall. Hieran ging Genosse Schaeper auf bestell Schlutup über.

schlüsse ein und ergänzte recht glücklich die Ausführungen seines Vorredners. In der Diskussion wurde scharf gefügt, daß ein Quadratmeter verpachtet war, diesmal mit 250 Mk. berechnet. Wegen dieses Vorkommnisses sollte mit allem Nachdruck vorgegangen werden. Auch gewisse Interessentengruppen wurden kritisiert. So haben Fischräuber, die ein glänzendes Geschäft während des Krieges gemacht haben, eine nebenberufliche Tätigkeit in der Fischhähle, wo ihnen noch dazu Gelegenheit gegeben ist, die Fischverteilung in ihrem Interesse vorzunehmen — mehrere tausend Mark Einkommen im Jahre. Da könnte ein arbeitsloser Handlungsgeselle sitzen. In einem kurzen persönlichen Schlusswort forderte Genosse Brömmel, alle Kraft anzusetzen, um eine sozialdemokratische Bürgervereinsmehrheit zu wählen. Hieran schloß

**Travensünde. Unnütze Weisung.** Am Mittwochabend fand im „Hotel Prinz Heinrich“ eine konstituierte Versammlung des hiesigen Bürgervereins und des Vereins Travensünder Einwohner statt, um durch Fassung einer Resolution Stellung zu nehmen gegen die am 1. März vom Arbeiter- und Soldaten-Rat beschlossene Schließung des Fades in diesem Jahre. Dem Leiter der Versammlung wurde angedeutet, daß das Gerücht von verschiedenen Seiten verbreitet würde, das Bad solle geschlossen werden. Dieses könne unter keinen Umständen geschehen, da das Badelachen eine Lebensnotwendigkeit für Travensünder sei. Mit allen Kräften müsse dahin gewirkt werden, das Bad offen wie bisher aufrecht zu erhalten. Von den anwesenden Mitgliedern des hiesigen A.- und S.-R., sowie von den Genossen unserer Partei wurde von vornherein erklärt, daß sie nicht gewillt wären, in irgend einer Weise gegen die Fortführung des Badesbetriebes etwas zu unternehmen, vielmehr es im Interesse der gesamten Bevölkerung begrüßen würden, wenn es möglich ist, eine große Anzahl Gäste zu haben. Von mehreren Rednern der beiden Vereine wurde erklärt, daß wenn die Veranlassung der Schließung des Bades gleichbedeutend wäre, deshalb solle die Behörde ersucht werden, wieder wie bisher den Hotelwirts Sonderanwendungen mitzuteilen zu lassen. In der Resolution wurde dies auch bestimmt zum Ausdruck gebracht. Vom A.- und S.-Rat wurde erklärt, daß er niemals zugeben könne, daß behördlicherseits dieses geschmiedet würde, wenn die Rürre auf hiesigen angewiesen seien, müßten sie es auf eigenes Risiko machen.

**Schönborg. Gefährliche Einbrecher.** Durch eine Nachpatrouille des A. und S.-Rates wurden Freitag morgen auf dem hiesigen Bahnhof drei Zivilisten und eine Militärperson verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert, dieselben hatten einen schweren Einbruch bei der Hauswirtin Wigger im Erdreben ausgeführt und ca. 200 Pfund Weizen und 200 Pfund Roggenstroh erbeutet.

**Hamburg. Der Soldatenrat des 9. Armeekorps** richtete folgende Depesche an die Regierung: Nachdem die kaiserlichen Disziplinarorgane wegen der Kommandogewalt in einer Verletzung im Herrenhaus gehoben sind, stellt sich der Soldatenrat des 9. Armeekorps geschlossen hinter die Reichsregierung. Im Bereich des 9. A.-R. werden keinerlei militärische Maßnahmen gegen die Regierung getroffen. Wir sorgen für Ruhe und Ordnung und die Durchführung der Verfügungen der Reichsregierung. — Der Vorsitzende des Korps-Soldatenrats Boel ist zurückgetreten. — Das Infanterie-Regiment Nr. 76 protestiert gegen die vom Korps-Soldatenrat angeordnete Mobilisierung des 9. Armeekorps gegen die Regierung und deren Truppen.

**Hamburg. Der Soldatenrat für die Regierung** Ebert-Scheidemann. In der Vollziehung des Soldatenrates wurde von Kamerad Ruch, der in Bremen zwischen den streitenden Parteien vermittelt hat, Bericht erstattet. Er berichtete, daß das Klubbad vorziehen würde, wenn die Bremer Arbeiter ihre Zulagen gehalten hätten. Pampel-Hamburg wandte sich mit aller Schärfe gegen die Bewaffnung der Hamburger Arbeiter, die zu einem entsetzlichen Unglück führen könne. Unter stürmischer Zustimmung bemerkte er: „Entweder die Division Gerstenberg schickt in Hamburg Ordnung, oder die Soldatenräte machen es. Redner betonte unter lebhaftem Beifall, alle Prüfungen würden ihn nicht abhalten, gegen paratistische Umtriebe, die bis in den Ort Aushaus und den Vordelegierten-Rat gehen, energisch vorzugehen. Es wurden Anträge angenommen, das die sofortige Entlassung der Arbeiter vorgenommen werden soll, daß der Soldatenrat nach wie vor auf dem Boden der Reichsregierung stehe, selbst wenn einzelne von ihr getroffene Maßnahmen auf schwerer Mißbilligung zu stehen müßten. Da die Reichsregierung erklärt habe, daß die Division Gerstenberg Hamburg nicht angreifen solle, sind die von Groß-Hamburg getroffenen Mobilisationsmaßnahmen sofort rückgängig zu machen. Die in Hamburg vorhandenen Truppen und Sicherheitsmannschaften sind so weit zu verstärken, daß die Ruhe und Ordnung mit Sicherheit aufrecht erhalten werden kann. Ein weiterer Antrag forderte Pampel auf, unter den gegenwärtigen Umständen sein Amt nicht niederzulegen. Die Delegiertenversammlung billigt den von Pampel in der Angelegenheit Bremen eingebrachten Standpunkt, daß die Hamburger Truppen nicht aktiv gegen Gerstenberg eingreifen dürfen. Ferner fordert die Versammlung, daß diejenigen, die an der Desorganisation mitschuldig sind, heute noch ihre Rente und Mandat als Soldatenrat niederlegen. Im Anschluß hieran wurde die geforderte sofortige Neuwahl des Stebener Ausschusses und der Ausdecker vorgenommen. Der Stebener Ausschuss hat sofort alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, am im Sinne der Reichsregierung in Groß-Hamburg geordnete Verhältnisse wieder herzustellen. Die Versammlung verurteilt scharfsteins das Verhalten des Korps-Soldatenrats des 9. A.-R. und fordert dessen Reorganisation. Sie verurteilt scharfsteins die vom Korps-Soldatenrat und vom obersten Soldatenrat Groß-Hamburgs abgefassten provisorischen Telegramme an die Reichsregierung. Sie ist aber der Ansicht, daß diese Telegramme von der Mehrheit der Körperlichkeiten nur auf Grund der ihnen übermittelten falschen Berichte aus Bremen abgefaßt wurden. Weiterhin wurde ein Antrag angenommen, zwei Delegierte sofort nach Weimar zu entsenden, um die Bremer Verhältnisse eingehend darzustellen.

**Kiel. Die Spartaistischen Umtriebe.** Der Gouverneur von Kiel fordert die Spartaisten, die sich Donnerstag bewaffnet haben, auf, die Waffen bis Freitagabend 6 Uhr abzugeben, andernfalls mit Waffengewalt gegen sie vorgegangen werden müßte. Die Beschlüsse, die vom A.- und S.-Rat dem Aktionsausschuss und dem Exekutivkomitee den Arbeiterversammlungen vorgelegt und von diesen angenommen wurden, sind vom Gouverneur verworfen worden. Anmahnungen auf den Straße sind verboten, widrigenfalls mit militärischer Macht eingeschritten wird. — Belagerungszustand über Kiel. Kiel ist Freitagabend 6 Uhr der Belagerungszustand verhängt worden. Die Straßen in der Umgebung des Gewerkschaftshauses wurden schon am frühen Nachmittag gesperrt. Gouverneur Garbe verurteilt das Vorgehen der Spartaisten, die sich mit Waffen versehen und sonstigen Unfug begangen haben, aufs schärfste und fordert sofortige Herausgabe der Waffen. Die Entwaffnung der Sicherheitsmannschaften lehnt er entschieden ab mit der Begründung, daß diese Leute den Sicherheitsdienst bereits vier Monate hindurch in einwandfreier Weise versehen haben. Der Befehl ist seit Freitag nachmittag wieder geschlossen. Die Stadt ist jetzt in der Gewalt der Sicherheitsstruppen, die bedeutend verstärkt worden sind und in starken Patrouillen die Stadt durchziehen. Die Hochbrücken über den Kaiser-Wilhelm-Kanal in Sevensau und Hollensau, die von Spartaisten besetzt waren, sind wieder frei. Die Macht der Spartaisten scheint in Kiel gebrochen zu sein.

**Jüchow. Rücktritt des Jüchower Soldatenrats.** Die Garnison Jüchow hatte dem Soldatenrat das Ultimatum gestellt, bis Freitag mittag zu erklären, ob er bereit sei, mit zehntägiger Kündigung von seinem Amt abzutreten. Freitag nachmittag unternahm die Garnison eine große Demonstration durch

Umzug unter Vorantritt der Militärkapelle durch die Stadt. wurden Schilder getragen mit den Aufschriften: „Wir tra keine Waffen!“ „Für die Regierung!“ „Wir Ebert-Sche man!“ Der Soldatenrat erklärte sich daraufhin zum Rücktritt mit zehntägiger Kündigung bereit.

**Schleswig. Konflikt zwischen der Arbeitervertretung und Regierung.** Die sozialdemokratischen Abgeordneten beim hiesigen Regierungspräsidium haben verfügt, der Regierungsrat hinsichtlich in der Weise unter Kontrolle zu stellen, daß er kein Dienstzimmer zugleich mit einem der Abgeordneten zu benutzen und in dessen Gegenwart zu arbeiten. Die Beamten des Regierungspräsidiums, die in dieser Beziehung eine „entscheidende Kontrolle“ erbliden, haben die Regierung gestellt, daß die Verfügung der Abgeordneten zur Ausführung werde. Da dies nicht geschehen ist, haben Beamte 1 Hilfsarbeiter in allen Abteilungen der Regierung die Arbeit gestoppt.

**Güstrow. Abfertigung des Soldatenrates.** Am 5. braut verlangte der Garnison-Soldatenrat der Garnison Güstrow die Mobilisierung der Garnison gegen die Regierungsstruktur. Darauf verzweigten die Truppen die Gesellschaft und erklärten den Garnison-Soldatenrat für abgesetzt. Der Garnison-Soldatenrat ist gewähnt worden.

**Bremen. Die Opfer.** Die Verluste der Regierungstruppen sind noch nicht zahlenmäßig festzustellen, doch weiß man viel von der Landeswehr 1 Offizier und 3 Mann an Toten und Verwundeten bezogen. Die Zahl der Opfer in Bremen am 1. November am Dienstag ist zurzeit auf etwa 65 Tote und 150 Verwundete zu stehen. Aus einer aufsteigenden Liste ergibt sich von 134 in dieser Liste verzeichneten Unabhängigen, die 13 Klassen ausgerechnet waren, nur drei, von 35 Kommunisten 13 aus Bremen gebürtig sind. — Rossmanns Telegrammbureau meldet: Die provisorische Regierung hat dem Präsidenten der Reichswehr mitgeteilt, daß sie den Wunsch habe, gewisse Deputationen und Befehle für die Zeit des Präsidiums wieder in ihre Tätigkeit einzufügen, um die Verwaltungsgeschäfte des Rates wieder in geordnete Bahnen zu bringen. Der Präsident der Reichswehr erklärte darauf die Mitglieder der Reichswehr, die dem Wunsch Folge zu geben. — Bei der Sitzung des Reichswehr-Rates am Freitag wieder in vollem Umfange aufgenommen. Bei den Anwesenden war dies bereits Donnerstag Nacht. Nur auf den Hanja-Flodwerken wird noch nicht gearbeitet. Neuers Meldungen besagen: Zum Teil des Reichswehr-Rates den Einmarsch der Division Gerstenberg hat hiesige Arbeiterpartei feststellen, einen Generalfreiwil zu veranlassen. Auf den Hanja-Flodwerken und der Weser-Werft wird bereits gearbeitet. — Western kamen neue Verstärkungen aus Bremen. — Änderungen durch die Spartaisten. 2 Spartaisten hatten den Rückzug in Richtung Buxtehude angetreten. Aus Ostseebehalten, Althof, Rintal, Gramble, Osterholz u. a. m. kommen kommende Hilferufe von der dortigen Bevölkerung nach Bremen, daß die bewaffneten Arbeiter dort „reorganisieren“ und zu ründern begonnen haben. Die Stimmung der Spartaisten in Bremerhaven soll unter dem Eindruck der Mißerfolge der Bremer sehr abgelaunt sein.

**Bremerhaven. Die Wahlen zum Bremerhaven Arbeiterrat** haben am letzten Sonntag stattgefunden. 1 entfallen auf Liste 1 (Sozialdemokraten, Arbeitervereinsmitglieder, Gewerkschaftsmitglieder) 5554 und auf Liste 2 (Unabhängige u. Kommunisten) 2725 Stimmen. Demnach entfallen auf Liste 1 und auf Liste 2 6 Mandate.

## Neueste Nachrichten.

### Gemeinliches Arbeitsprogramm.

**Weimar, 8. Februar.** Die Sozialdemokratische Mehrheitspartei hat den Fraktionen den Entwurf eines einheitslichen Arbeitsprogramms überreicht. Eine Verständigung zwischen den Fraktionen der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Deutschen Arbeiterpartei ergab, daß alle grundsätzlich zu gemeinsamem Arbeit bereit sind. Das Zentrum steht auf dem Standpunkt, daß es dadurch, daß es einen Vizepräsidenten gestellt hat, seine Verantwortlichkeit zur Mitarbeit betundet hat.

### Arbeiter- und Soldatenrats-Forderungen.

**Halle a. d. Saale, 8. Februar.** Die Arbeiter- und Soldatenräte von Merseburg und Halle forderten den Rücktritt der Regierung Ebert-Scheidemann, drohen im Weigerungsfall mit einer Solidaritätserklärung mit Bremen und Braunschweig sowie mit der Proklamierung des Generalstreiks. Auch die Bewaffnung der Arbeiterpartei werde erfolgen.

### Bolschewismus in Böhmen.

**Wien, 8. Februar.** Die bolschewistische Bewegung in Wien ist sehr ernst geworden. Die internationale bolschewistische Kommission in Moskau leitet die Bewegung in Böhmen. 120 bolschewistische Soldaten, die in Russland im Dienste des Bolschewismus standen, sind heimlich mit falschen Pässen nach Wien zurückgekehrt, um die Truppen aufzuwecken. An Geld ist kein Mangel. Die kaiserlichen Bergarbeiter sind bereits für die Bolschewismus gewonnen.

### Zwischenfall in der Pariser Kammer.

**Genf, 8. Februar.** Während der Sitzung der Kammer am Donnerstag ereignete sich ein Zwischenfall. Von den mit Soldaten besetzten Tribünen fiel auf die Deputierten ein Regen von Flugzetteln nieder, in denen Brot und Arbeit für die Arbeiterlosen gefordert wurde. Die Flugzettel führten zu Epidemien der Eisenbahnarbeiter her. Der Präsident der Kammer ordnete die Räumung an.

### Generalstreik in Südsibirien.

**Amsterdamer, 8. Februar.** Die „Times“ melden aus Madrid, daß sich die Arbeitervereinigungen in Andalusien und anderen südlichen Provinzen ausbreiten. In Sevilla ist der Generalstreik ausgebrochen, an dem sich u. a. die Bäcker und die Arbeiter der Elektrizitätszentrale, die der Gasfabrik und die Straßenbahnangestellten beteiligten. Soldaten versehen vieler deren Dienste.

### Die Freiheit der Meere.

**Amsterdamer, 8. Februar.** Wie „Morning Post“ meldet, formuliert Wilson und seine amerikanischen Mitarbeiter die amerikanische Auffassung von der Freiheit der Meere, die die Friedenskonferenz unterbreitet werden soll, folgendermaßen: 1. Keine Nation soll eine so große Flotte besitzen, daß sie instand ist, die Kontrolle über die Meere allein auszuüben. 2. Die Kriegsregel soll während des Krieges nicht geändert werden. 3. Jedem Nation, gleichviel ob kriegerisch oder neutral, soll für die Erhaltung der zur See geltenden Regeln in Kriegszeiten streng verantwortlich gemacht werden. 4. Der Begriff Seemannschaft soll in Friedenszeiten genau bestimmt werden. Kein neutrales Land soll Seemannschaft verschiffen, noch sollen Schiffe neutraler Länder verschifft, die von einem kriegerischen Lande errichtete Blockade zu brechen. 5. Die Benutzung von U-Booten soll eingeschränkt oder noch besser ganz verboten werden.

### Constitution.

Für den Wahlloos gingen ein:  
Arbeiter-Kasse Lodbauwerit Jünder . . . 120.70 Mk.  
Von der Eisenbahnerwehr . . . 193.45  
Das Parteisekretariat.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Kömigt.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

# Auch im Februar!

Um dem allgemeinen  
Wunsche unserer ver-  
ehrten Kundschaft  
weiter zu entsprechen  
**zahlen Sie**

auch im Monat Fe-  
bruar bei Einkäufen  
**mit Kriegsanleihe**

zu 98 % bei Rudolph

## Karstadt

Lübeck. Kommandit-Ges.

9010

## Wenden

von Herrenbekleidung

## Umarbeiten

in kleinere Größen

## Färben

sowie Umarbeiten in Bekleidungs-  
Gegenstände für Herren, Damen und Kinder

## von Militärstoffen.

Anfertigung  
von Damen-, Herren- und Kinder-  
Bekleidung  
aus zugegebenen Stoffen.

Rudolph

## Karstadt

Lübeck.

# HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

LÜBECK.

Sehr preiswerte

## Schmucksachen

Elegante Halsketten moderne lange Formen	Neue aparte Broschen in entzückender Ausführung
12 <sup>75</sup> 9 <sup>50</sup> 8 <sup>75</sup> 6 <sup>75</sup>	2 <sup>25</sup> 1 <sup>75</sup> 1 <sup>25</sup> 95 <sup>5</sup>

Moderne Ball- und Gesellschafts-Fächer  
in großer Auswahl.

Taschen-Uhren  
mit gutgehendem Werk, teils mit Leuchtziffern  
Nur **16<sup>50</sup>**  
18<sup>50</sup> u

## Sozialdemokratisch. Verein

Sonntag abend 8 1/2 Uhr:

Große  
**Volksversammlung**  
im Gewerkschaftshaus.  
**Verkündung der  
Wahlresultate.**

Der Vorstand.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

**Versammlung  
der Lastadie-Arbeiter**  
am Montag, dem 10. Februar  
abends 5 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu unfrem Lohnfari.
2. Innere Sektionsangelegenheiten.

Mitgliedsbücher sind vorzulegen.

Die Ortsverwaltung.

## Waisenhof. TANZ

Verein zur Förderung der Geflügelzucht.

## Vereins-Geflügel-Ausstellung

am Sonnabend, 15. und Sonntag, 16. ds. Mts.  
im weissen Saal der Stadthalle.  
Eröffnung Sonnabend m ttags. (9018)

## Hansa-Halle.

Jeden Sonntag:  
**Großes Tanzkränzchen.**  
Anfang 4 Uhr J. Block.

**Arbeiter-Radfahrer-  
bund „Solidarität“**  
Ortsgruppe Schönhöfen.

Einladung zum

## Kappenfest

am Sonntag, 9. Februar  
im Lokale „Steinwader Baum“.  
Anfang 6 Uhr. (8957)  
Das Festkomitee.

Konzerthaus 8099.  
**Zauberflöte.**  
D' lustigen Oberbayern  
Anfang 4 Uhr. L. Kock.

## Hansa-Theater.

Sonntag nachmittag 3 Uhr.  
**„Tischlein, deck' dich“**  
Halbe Preise.

Abends 7 Uhr: (9018)

Das  
**Dreimäderlhaus**  
Montag und Dienstag:  
Das Dreimäderlhaus.

## Stadtheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.  
Sonnabend, den 8. Februar:  
**Zar und Zimmermann.**

Oper in 3 Akten von Lortzing.  
Sonntag, den 9. Februar:  
Vormittags 11 Uhr  
Kammerspiele.

**Der Tor und der Tod**  
**Der Tod des Tizian.**  
Abends 7 Uhr:

**Ein Maskenball.**  
Dienstag, den 11. Februar:  
**Frau Margit.**

Mittwoch, den 12. Februar:  
**Die Zauberflöte.**

## Friedrich-Franz-Halle.

Jeden Sonntag:  
**Tanz-Musik.**  
Anfang 4 Uhr.  
H. L. Stamer

**Kaffeehaus Moisling.**  
Jeden Sonntag: (8978)

**Tanz.**  
Jeden Sonntag: (8978)

**Genier Baum.**  
Tanz.

**Kanienzucht-Verein**  
Lübeck u. Umgegend von 1895

**Monatsversammlung**  
am Sonnabend, dem 8. Februar  
abends 8 Uhr.

Vereinslokal, Lüneburger Str. 13  
Der Vorstand.

**Restaurant Schlegelheim**  
Schlegelstr. 3  
2. Geschoss - Gemüthliche  
Anstalt u. Speisest. (897)

**Carl Rohde**  
Schlegelstr. 3  
Schlegelheim, Lederwaren  
Paß- u. Schuhw.

## Central-Hallen

Sonntag, den 9. Februar 1919  
grosse öffentliche Volksmaskerade.  
Anfang 8 Uhr. (8941) W. Neß.

## „Hotel Kronprinz“, Schwartzau.

Sonntag, den 9. Februar 1919: (8974)  
**Großes Tanzkränzchen.**  
Anfang 4 Uhr. Eintritt Herren 1 Mk., Damen 50 Pf.

## Vergnügungshaus Erholung

Jakobsdorf. Israelsdorf. W. Pries.  
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**  
Anfang 4 Uhr.  
Erntedankfestveranstaltungen bis zum Schluss.

**Brauerei zur Wakenhölle**

**Hansa-Brauerei A.G.**  
Lübeck.

**Heinrich Weller**  
Breitenstr. 50  
Herrenwäsche  
Krawatten, Unterzeuge  
Küchenschwämme  
Lederwaren

**Carl Rohde**  
Schlegelstr. 3  
Schlegelheim, Lederwaren  
Paß- u. Schuhw.

## Praktischer Wegweiser

Empfehlensw. Geschäfte

**Uollerts Reisebüro Lübeck T 8868**  
Nordische Verkehrs-Zentrale  
Wohnungsmieterei  
Reiseversicherung und Beförderung von Reisenden

**Bavaria-Brauerei**  
Lübeck  
Mittelslage Lübeck  
Lüneburger Str. 109. Tel. Nr. 474

**Trinkt Lübecker Vereins-Bräu**

Kenner bevorzugen  
das gute Lübecker  
**Bürgerbräu**  
Annenbräuerei Lübeck

**Wilhelm Rahft**  
Untertrave 118. Telefon 687  
vorteilhafte Bezugsquelle von  
diversen Weinen u. Spirituosen

**Ratzeburger Aktien-Brauerei**

## Die Internationale über den Völkerverbund.

Der Präsident der von der internationalen Sozialistenkongress eingeleiteten Kommission teilt mit, daß die Kommissar sich auf den Text folgender Resolution geeinigt hat: Die Vereinigung der Völker zu einer innigen Gemeinschaft gehört zu den vornehmsten Idealen der sozialistischen Internationale. Dieses Ideal entspringt einer Solidarität der Proletarier aller Länder und aus dem sozialen Endziel, daß sich nicht national, sondern nur international verwirklichen läßt. Der Weltkrieg hat dieses soziale Ideal der Gesellschaft der Nationen zu einer dringenden Aufgabe der Gegenwart, auch für die nichtsozialistischen Völker, gemacht. Er hat gezeigt, daß bei der heutigen Höhe der militärischen Technik und des Fortschritts jeder Krieg die Tendenz hat, die ganze Welt in zwei feindliche Lager zu entzweien, die gegeneinander mit den grausamsten Mitteln der Kriegsführung bis zur völligen Erschöpfung sich bekämpfen. Der jüngste Krieg hat die Welt an den Rand des Abgrundes gebracht; der nächste würde sie völlig vernichten, und schon die Vorbereitungen zu einem neuen Krieg würde die Welt zugrunde richten. Dieses Verhängnis nur gehemmt werden durch Herbeiführung der Gesellschaft der Nationen. Die Gesellschaft soll von den Volkseroberungen der verschiedenen Länder gebildet werden. Sie soll ausgehen von einem Rechtsfrieden, der keinen neuen internationalen Konfliktstoff hat. Die auf dem Grund der Selbstbestimmung der Völker aufgebauten Staaten sollen in die Gesellschaft der Nationen aufgenommen werden.

Alle Mitglieder der Gesellschaft haben die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten zur Durchführung ihrer Aufgaben, und die Völkerverbände, die noch nicht zum Selbstbestimmungsrecht gelangt sind, sollen von der Gesellschaft den Rat und die Hilfe erhalten und dahin entwickelt werden, daß sie die Selbstbestimmung erlangen. Mitglieder der Gesellschaft freier Völker werden. Die erste Aufgabe der Gesellschaft ist es, neue Kriege und Kriegsvorbereitungen zu verhindern. Sie muß Einrichtungen schaffen, die durch Vermittlung und Schiedsprechung Streitigkeiten zwischen den Völkern entweder verhindern oder belegen können, auch solche Fragen, die als Lebens- und Ehrentagen bezeichnet werden. Dieses Schiedsgericht muß die Möglichkeit haben, jederzeit Grenzberichtigungen der Befestigungen der Bevölkerung vorzunehmen, wenn solche notwendig sind.

Die Gesellschaft der Nationen hat alle stehenden Heere aufzuheben und schließlich die völlige Abrüstung herbeizuführen. Solange eine bewaffnete Macht durch die internationalen Verhältnisse notwendig ist, soll sie unter dem Schutz der Gesellschaft der Nationen stehen. Sie muß über alle Mittel ökonomischen Druckes verfügen, um die Durchführung ihrer Entscheidungen erzwingen zu können, wenn es notwendig ist. Wo Zolltarife bestehen, sollen sie abhängen von der Zustimmung der Gesellschaft der Nationen, und die Gesellschaft soll internationale Verkehrswege und Verkehrsstellen direkt in ihre Verwaltung übernehmen. Die Gesellschaft der Nationen muß Befugnisse bekommen, die ihr gestatten, sich zu einem Organ zu entwickeln, welches die Erzeugung und Verteilung der Lebensmittel und Rohmaterialien der Weltmärkte und ihre Produktion im höchsten Grade entwickeln in der Lage ist.

Zu den gemeinschaftlichen Funktionen der Gesellschaft der Nationen gehört auch die Herstellung, Weiterentwicklung und Durchführung eines internationalen Arbeiterrechts.

Die Bildung der Gesellschaft der Nationen wird jetzt ergehen unter dem Trude der Nachwirkungen des Krieges. Die Gesellschaft wird sich indessen später, wenn die Nachwirkungen an Kraft verlieren, künftig entwickeln und ihren Aufgaben gerecht werden können, wenn das internationale Proletariat mit voller Macht hinter ihr steht und vorwärts bringt. Je kräftiger die proletarische Bewe-

gung in anderen Ländern, je mehr Möglichkeit der Entwicklung der internationalen Aufgaben, je entschlossener das Proletariat in jedem Lande jede Machtbefugnis der eigenen Regierung bekämpft, je mehr vom Sozialismus an der Bewirklichung und kraftvollen Durchföhrung der internationalen sozialen Ideale gearbeitet wird, um so kräftiger und lebensreicher werden die Wirkungen der Gesellschaft der Nationen sich gestalten.

## Internationaler Sozialistenkongress.

Bern, den 6. Februar.  
Hans Müller vom Schweizer Grütliverein beschwert sich darüber, daß die Grütliverein nur als Gäste zugelassen werden. Das sei unhaltbar, weil das eine Diskriminierung der Grütliverein bedeute. — Dranting weist diese Beschwerde zurück. Es sei kein illegitimer Druck auf das Bureau ausgeübt worden, das sich in die inneren Streitigkeiten der Schweizer nicht einmischen wolle. Das Bureau will sich die Sachlage nochmals überlegen, und später soll dann die Konferenz darüber entscheiden.

Dranting teilt mit, daß die Kommission, die über die Sachfrage eine Einigungsresolution fassen sollte, ihre Arbeiten noch nicht beendet hat, und hofft, daß die Kommission ihre Resolution bald vorlegen kann. — Die Konferenz tritt deshalb in die Beratung über die Völkerverbundfrage ein.

Referent ist Thomas Englund. Eine Resolution über diese Frage liegt noch nicht vor, weil das für später erwartete Eintreffen der Franzosen neue Beratungen nötig macht. Thomas sagt aus: Wie auch die Schuldfrage einmal entschieden werde, so werde es sich herausstellen, daß die Arbeiter aller Länder nur wenig an der Schuld beteiligt sind. Das Volk erwartet von der Konferenz, daß sie zum Wohle der Arbeiter aller Länder die erste Aufgabe der Konferenz sei es, für das Zustandekommen des Völkerverbundes auf dem Boden der Gerechtigkeit zu wirken. Der Friede müsse nicht im Sinne des Stetens geschlossen werden. Der Krieg zurückläßt, sondern ein Frieden, der alle künftigen Kriege unmöglich macht. Das sei nur möglich in einem Rahmen des Völkerverbundes, der die ganze Welt umfaßt. In Paris seien Vermittlungen am Werk für einen Ausfluß einzelner Nationen. Ein solcher Völkerverbund habe aber keinen Zweck. Er würde sehr bald bankrott machen müssen. Nur ein allgemeiner Völkerverbund könne den Frieden sichern. Von den Deutschen wünsche er die Erklärung, daß sie den Militarismus und die Rüstungen für immer ablehnten. England hätte als Frucht des Krieges die Dienstpflicht bekommen. Sie würden versuchen, sie schleunigst wieder zu beseitigen. Weiter müßte an die Staatsmänner in Paris von dieser Konferenz aus die Mahnung erlassen werden, internationalen Arbeiterbestimmungen zu beschließen, die dem Schutze der Kinder, der Arbeiterinnen und den erwachsenen männlichen Arbeitern dienen müßten. Wir müssen von den Staatsmännern in Paris fordern, daß sie erste Arbeit für die Zukunft der Menschheit leisten. (Mittelschweres Rufen.)

Müller: Dranting antwortet: Die deutsche Sozialdemokratie könne mit Freude die von Thomas gewünschte Erklärung machen. Wir haben immer mit größter Entschiedenheit den Militarismus in unserem Lande bekämpft. Der Ausbruch des Krieges haben wir zwar auch auf die wirtschaftlichen Gegenstände der großen Völker wirkt, aber wir haben schon am 4. August 1914 erklärt, daß ein wesentlicher Grund für den Kriegsausbruch das Wettstreiten zwischen England und Deutschland sei. In Deutschland seien Tirpitz und Wilhelm II., die Schächer der deutschen Flotte, heute die beherrschenden Männer. Die Sozialdemokratie Deutschlands habe das Programm Wilsons angenommen und wolle die Dienstpflicht zum Gegenstand internationaler Abmachungen machen. Wir würden sehr damit einverstanden sein, wenn die Berliner Konferenz die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und ihre internationale Kontrolle verlange. Die deutsche Sozialdemokratie würde alle Maßnahmen unterstützen, die in Versailles als für alle Nationen gültig beschlossen würden. Die Worte Thomas würden den Deutschen nicht im Kampf wider die Nationalisten des eigenen Landes. Wenn in allen Ländern der Kampf gleichmäßig geführt werde, dann werde der Kampf gegen jeden einzelnen Nationalismus außerordentlich erleichtert. Müller dankt dem Engländer Thomas für seine persönlichen Ausführungen. Wenn die Konferenz in den nächsten Tagen im höchsten Maße weiterarbeiten, dann werde sie von dem größten Nutzen für den Frieden und für die Zukunft der Arbeiterklasse der ganzen Welt sein. (Lebhaftes Beifall.)

Wibaut: Holland verliest die Resolution über den Völkerverbund, die wegen der durch die Franzosen verlangten Änderungen

erst jetzt vorgelegt werden kann. Er drückt seine Freude darüber aus, daß die Kommission zu einem einstimmigen Beschlusse gekommen ist. (Wie sehen Sie an anderer Stelle wieder.)  
Für den Völkerverbund spricht die russische Revolution und die Bewegung für die zionistischen Juden, der auf die unvollständige Lage der unterdrückten Juden in den Oststaaten aufmerksam macht, die nicht alle selbständig werden könnten. Er schwört sich lebhaft über die politischen Sozialisten, die die Judenunterdrückung machten. Die Völkerverbände wirkten auf die Anklagebank vor der Internationale. Bei den Kongressen wären sie nicht für die Juden eingetreten. Wenn in Rumänien nicht die Arbeiterklasse zur Herrschaft gelangt, dann sind die Juden Begehrten des Rumänien, ihren Todfeinden, ausgeliefert.

Troelstra: Sokoloff befragt den großen historischen Augenblick, wo die Internationale der Arbeiter über die konkrete Frage des Völkerverbundes verhandeln kann. Es sei auch eine Folge des Krieges, daß das, was vor Jahren noch Utopismus gewesen, jetzt eine aktuelle Frage sei. Das, was hinter uns liegt, ist für immer unumkehrlich. Schon erproben wir über die ersten Kriegsjahre. Die Arbeiterklasse war ein großes Meer ohne Ruder. Jetzt aber wollen wir unter Mars hinüber für den Völkerverbund. Die Resolution kann und wird die allgemeine Zustimmung finden. Wichtig ist es, ein Organ zur Kontrolle der Verteilung der Nahrungsmittel und Rohstoffe zu schaffen. Wenn der Krieg ausgebrochen worden ist, dann ist es auch nötig, wirtschaftlich die Voraussetzungen dazu zu schaffen. Die Produktionsanarchie war mit einer Ursache des Krieges. Hier muß Ordnung einverleitet werden. Er empfindet Freude darüber, daß nicht die Militärmacht als obligatorisches Element, sondern nur als möglich für die künftige Organisation des Völkerverbundes erfüllt werde. Er ist sehr einverstanden mit dem Vorschlag über den Fortschritt gegenüber widerwilligen Völkerverbundmitgliedern. Die Arbeiterklasse muß als Masse der Bevölkerung jeden Landes die Garantie gegen jeden Krieg übernehmen. Erste Voraussetzung für den Völkerverbund ist der Abschluß eines gerechten Friedens. Man habe jetzt den traurigen Eindruck, daß nur die Hälfte der einen künftigen Völkerverbund kommen seien, um eine Grundlage für das Völkerverbundwerk zu legen. Das muß hier gebremst werden. Alle müssen ankommen werden. Da müssen wir auf der Hut sein, damit nicht Schimbel getrieben wird mit dem Völkerverbund durch die Imperialisten. Gegen diese müssen wir eine Vorhut bilden im Komitee. Unter der Fahne der Internationale werden wir den Völkerverbund zu einer realen Tatsache machen. (Die Rede findet lebhaften Beifall.) — Darauf wird die Sitzung bis Montagmittag vertagt.

Bern, 7. Februar.  
In der Mittwoch-Nachmittags-Sitzung sprach zuerst Professor Michaud-Francois, einer der besten Kenner des Völkerverbundes über den Völkerverbund. Er sprach sich entschieden für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und für einen Rechtsfrieden aus. Die geographische Karte würde nicht ein für allemal festgestellt werden. Auf Wunsch der Bevölkerung würde eine geographische Veränderung möglich sein, nach dem Ergebnis einer vorzunehmenden Volksabstimmung. Auch für später müßte an diesen Grundlage festgehalten werden. Das Recht auf Krieg müsse abgeschafft werden. Im Lebens- und Rechtsfragen dürfe kein Krieg mehr geführt werden. Zum Schluß richtet er scharfe Angriffe gegen die deutsche Mehrheit, die sich des Krieges das Verbrechen des Imperialismus anrechnen, und gegen Troelstra, der über die angeblich schlechte Behandlung Deutschlands während dieser Ausführungen macht die französische Minderheit rechtliche Anmerkungen. Als Michaud eine Stunde geredet hat und keine Ausführungen beendet, rührt sich wegen des unersöhnlichen Geistes seiner Rede keine Hand zum Beifall.

Ramsay MacDonald-England folgt. Er spricht die Hoffnung aus, daß die Sozialisten aller Länder sich vereinigen. Alle Welt sei für den Völkerverbund. Auch die Regierungen in Paris. Vorsicht sei am Plage gegenüber den Kommissionen für Lebensmittel und Rohstoffverteilung. Diese Dinge müssen unter staatliche Kontrolle gestellt werden. Der Charakter des Völkerverbundes hängt von dem Abschluß eines Rechtsfriedens ab. Er darf kein Instrument des Sieges sein, sondern nur ein Tribunal der Gerechtigkeit. Der Bund muß allen Völkern offenstehen. MacDonald wendet sich an die deutsche Delegation und bittet sie, den Gedanken an die Volksmiliz aufzugeben. Die Engländer bekämpfen die Dienstpflicht in jeder Form, in der industriellen und in der militärischen. Der Völkerverbund ist mit dem Gedanken der Dienstpflicht unvereinbar, denn dann wären ja die Staaten mit einer größeren Bevölkerung im Vorteil gegenüber den kleineren. Nur eine uneingeschränkte Abrüstung gebe die nötige Sicherheit. Der Schlüssel für die Abrüstungsfrage sei noch nicht gefunden. Die Deutschen mögen dazu einen Beitrag leisten, indem sie ihre

## Eine königliche Schau pelerin.

Roman von Ludwig Bendler.

Kortikura. (Nachdruck verboten.)

Ganz verduht schaute Herr Christofani sich um und seinem Gegenüber, über den er sich eben in wegzweifend gedürrt hatte, lächelte ins Auge. Die gerade eben wieder einsehende Kunstschönheit ihn einer Entgegnung durch Worte, er konnte sich mit dem zulaufenden Kopfnicken abfinden. Zu dem Geheimrat aber, außer dem Chef neben ihm sah, tuschelte er verwirrt: „Sie sagten doch gestern, er sei verreckt.“  
„Nichts von verreckt, nur, daß er sich zwei Tage Urlaub erlassen hat.“  
„Oh, verdrießliche Geschichte!“

### 6.

„Sehr geehrte Generalintendantur!  
Da in wenig Tagen der Zeitpunkt heran ist, zu dem es den Kontrahenten vorbehalten blieb, den zwischen uns abgeschlossenen Vertrag auch für die nächsten vier Jahre aufrechtzuerhalten oder zu kündigen, so sehe ich meinerseits mich anzufragen hier nicht näher zu erörternden Gründen veranlaßt, das meine zu tun. Meine sich über den gedachten Kündigungstermin nach hinausspielenden amtlichen Obliegenheiten lege ich damit zur geeigneten Veranlassung des Weiteren in die Hände der königlichen Generalintendantur zurück und empfehle mich  
D. Januar.

Hans Kopschke, Kapellmeister.“

Dies der Inhalt eines Briefes, in dem nächsten Morgen umgeschrieben, in den Besitz seiner Excellenz gelangte und ihn anläßt, logisch Nachfrage ergeben zu lassen, ob der Herr Generalintendantur dienlich auf dem Bureau oder im Theatergebäude anwesend sei.  
„Rein,“ lautete der Bescheid. Es sei aber eben ein Bote bewiesen mit der Bestellung. Herr Christofani sei krank und könne heute unmöglich erscheinen.  
Daß er sich gehern nach der Probe seinem zweifellos aufgestellten Kollegen entzogen, ihm die von Kopschke erbetene Unterstützung nicht gewährt, sondern einen für gewöhnlich unzulässigen Ausgang zum Verlassen des Theaters unter dem Schutz des schlüßelführenden Hausinspektors benutzt hatte, wußte der letztere niemand.  
Kopschke war wohl eine gute halbe Stunde, vergeblich auf Christofani wartend, am üblichen Bühnenaufzug verweilt, dann endlich über das nutzlose Herumsitzen und voller Zorn über das Betragen des Kollegen davongeeilten.

Obgleich ja nun eine Kündigung des zweiten Kapellmeisters auch seitens der Generalintendantur eigentlich schon beschlossene Sache war, sein Nachfolger bereits so gut wie verpflichtet, so zeigte das Zuorkommen von der andern, der abhängigen Seite seine Excellenz den Herrn Generalintendanten Baron von Pterez-Doriet doch nicht wenig auf.

So im Winchund, ohne Ruf noch, ohne Namen, der es wagte, ihm den Stuhl vor die Tür zu legen? Unglaubliche Unmähung! Wieder drückte er auf den Knopf. Pfeiffer erschien aus dem Annehmzimmer.

„Können Sie mir gleich einmal Herrn Geheimrat Adermann — ich liebe Hirt.“

Der Diener verschwand. Im Augenblick war er zurück. „Herr Geheimrat werden im Moment hier sein.“  
Und der Erwartete erschien auch schon auf der Schwelle, als eben Pfeiffer sich mit einer kurzen Verbeugung gegen den Intendanten wieder entfernt hatte.

Letzterer lud seinen Beigeordneten zum Sitzen ein, dann reichte er ihm schweigend Kopschkes Brief und frommelte, während Adermann las, nervös auf das grüne Tuch seines Pulkes.

Wie finden Sie das? Sagen er sagen zu wollen.  
„Im,“ sagte der Geheimrat, nachdem er gelesen hatte, die Absicht, „man kann es ja einem jungen Künstler, der tüchtig ist, eigentlich nicht verdenken, wenn es ihn gelüftet, beizugehen die Flügel zu regen.“

„So, Sie meinen? Er hatte dazu doch aber auch hier Gelegenheit.“

„Rein, Excellenz, das hatte er nicht. Immer beauftragt, verbessert und unter Kontrolle eines andern, gegen den nicht anzukommen ist. — So was hält eine selbständige, sich ihrer Tätigkeit bewußte Natur für die Dauer nicht aus. Ich meinerseits bestonte ja gekheln in der Konferenz wieder, was ich von Herrn Kopschke halte, aber —“

„Ja, ja, aber —“  
„Ueber dieses, „aber“ kamen beide Spitzen des königlichen Instituts nicht hinaus, und ihre vorläufige Zurückhaltung entbehrte auch für den in die Verhältnisse Eingeweihten nicht des Grundes.  
Herr Christofani, diese jegliche Kapazität, war vor einer Reihe von Jahren, zwölf bis fünfzehn wohl, zunächst als Repetitor und sogenannter Hilfskapellmeister an das Hoftheater gekommen. In einigen kleineren Spielorten hatte man ihm dann auch Gelegenheit gegeben, sich als Dirigent zu erproben. Da er nichts verdaulich, kam sogar einmal wegen plötzlicher Erkrankung eines seiner Vorsetzenden die Leitung der Alka an ihn und damit zugleich der entscheidende Punkt seines Lebens.

In der Titelrolle der Oper betätigte sich noch immer eine nicht mehr ganz junge dramatische Sängerin, die zu einer hoch-

stehenden männlichen Person des Herrscherhauses Beziehungen unterhalten hatte, nun aber diese Beziehungen erloschen erklärt werden sollte. Man wünschte dringend ihre Verheiratung, in Verbindung allerdings mit ausreichender Versorgung, die ihr zunächst in noch einmaliger Verlängerung ihres vorteilhaften Kontraktes gewährt, für später dann durch den Bezug eines lebenslänglichen Ruhegehaltes gewährleistet wurde.

Gleich in den Alka-Proben wurde sich der hübsche, aber auch maßlos eitle Christofani des Vorzugs bewußt, von Fräulein Rodan, der Titelheldin, die noch gar nicht etwa über heiße Liebesempfindungen hinaus war, mit Wohlgefallen betrachtet zu werden.

Er zeigte sich denn auch den ihm gebotenen günstigen Chancen gegenüber nicht abgeneigt, kam mit schmeichelnden Augen auch gegenüber und erreichte das Resultat, seine neue Eroberung in kürzester Frist zum Standesamt führen zu dürfen. Damit zugleich gab er sich den Absichten des Hofes als williges Werkzeug her.

Als bald wurde er denn auch festangestellter Hofkapellmeister, erhielt mehrere Dekorationen und nach wenigen Jahren auch schon den Titel Generalmusikdirektor. Verhältnismäßig rasch gelangte er auf diese Art zu einer Machtstellung, an die kein nur bescheidenes Können knapp heranreichte und um die ihn trotz des erscheinenden Umstandes einer nicht ganz maffelireten Beschließung doch sehr viele beneideten.

Kopschke, der nicht als der einzige nun auch dem Spruch dieses Obergewaltigen weichen mußte und vor allen Dingen über den bösen Leumund empört war, den Christofani in künstlerischer Beziehung über ihn verbreitete, hegte eigentlich noch die Absicht, den Gegner persönlich zur Rede zu stellen und ihn zu dem Zwecke auf den Seiten zu bleiben.

Als er aber durch Strobel, der zu ihm kam, um einige Klavierauszüge in Empfang zu nehmen, erfuhr, Herr Christofani habe sich krank gemeldet, ließ er den Plan für einweilen fallen. Gelegentlich einmal, dachte er und fragte den Theaterdiener nach, was denn Christofani fehle.

„Zorn, Infuenza oder so was,“ erklärte Strobel, indem er vermittelt eines großen bunten Lakentuches das bewußte Tröpfchen von seiner Nase entfernte. „Was soll's denn weiter sein. Bestern war er ja noch kreuzfidel und legte ins Theater zum wie die Biene.“

„Glaub's gern, — wo es galt seine Karten gegen den Kollegen auszuspielen.“  
„Wer? Der General —? Spielt denn der auch Karten?“  
Kopschke mußte lachen. „Nicht doch, ich meinte, seine Karten gegen mich zu schmieden. Die werden Ihnen doch bekannt sein, Strobel?“

Fortsetzung folgt.

Vorschläge mit der Abrüstungsfrage ergänzen. Um auf Paris einen Eindruck zu machen, schlägt Macdonald vor, anzusprechen, daß die Resolution des Völkerbundes durch die Parlamente, nicht durch die Regierung ausgearbeitet würde, und daß man dabei die Parteien berücksichtigen werde. Die Völker, nicht die Regierungen, müssen entscheiden. Die Vorkonferenzen, wie sie in Paris von den Entente-Regierungen abgehalten worden seien, bedeuteten ja nur eine Rechtfertigung der heillosen Allianz. Ein Beweis hierfür sei, wie Russland vor den in Paris versammelten Regierungen behandelt wurde. Diese sei ein Ausfluß der Furcht vor neuem Leben. Die Demokratie allein könne den dauernden Frieden der Welt sichern. (Lebh. Beifall.)

Ein in Frankreich nicht lebhaft für den Völkerbund ein, der nicht ein Werkzeug der Unterdrückung sein dürfe. Das mögen die Machthaber in Paris beachten. Wir wissen, daß es heißt vorläufig zu sein, solange der Kapitalismus noch existiert. Bei dem Frieden, der in Paris geschlossen wird, muß auf die Völker Rücksicht genommen werden, darauf weist die Bewegung der Revolutionäre in allen Ländern hin. (Lebh. Beifall.)

Mittwoch 5. November - England unterstützt Macdonalds Forderung, daß der Völkerbund eine Liga der Völker sein müsse, und sie begrüßt die Einführung des Frauenstimmrechts in England und Deutschland, das die Demokratie fördere. Die völlige Einführung darf nicht als Utopie betrachtet werden. Dieses Ideal muß erreicht werden. Die Konferenz in Bern darf nicht nur alles sofort Erreichbare in Erwägung ziehen. Der Völkerbund darf sein Werkzeug für die Unterdrückung sein. In England gibt es Anhänger des Völkerbundes, die mit Misstrauen zu betrachten sind. Solange es eine Nahrungindustrie gibt, wird der Keim zu neuen Kriegen gelegt werden können. Das Löten von Menschen muß ein Ende nehmen. Das geht die Frauen und Kinder in erster Linie an. Die Ehre der Frauen ist nie durch Kriege geachtet worden. (Lebh. Beifall.)

Vorländer Branting schlägt vor, die Debatte zu vertagen, und berichtet dann über die Kommission, die die Verantwortung für die Kriegsverbrechen behandelt hat. Ihr Vorschlag ist einstimmig dort angenommen worden. (Lebh. Beifall.) Branting bemerkt dazu, daß durch den guten Willen und das Nachgeben beider Seiten diese Resolution erzielt wurde, und schlägt debattellos einstimmige Annahme vor. Das würde beweisen, daß die Konferenz die Wiederaufrichtung der Internationalen wolle.

Albert Thomas: Meine Freunde würden es nicht verstehen, wenn ich die Resolution ohne eine Bemerkung akzeptierte. Wir haben noch kein Vertrauen zu den deutschen Machthabern, die die Komplizen des alten gezeigten Systems waren. Die Resolution ist ungenügend, aber ich habe Vertrauen zu den deutschen Mächten. Wenn später Gelegenheit kommt, die Resolution zu ändern, dann ist dies wohl möglich. Ich habe am meisten unter der Haltung der deutschen Machthaber gestanden, weil ich Deutschland sehr gut kenne.

Wels antwortet: Die deutschen Arbeiter seien nach Bern gekommen, um daran mitzuwirken. Die Internationalen wider zu einigen. Darum schweigen wir jetzt. Wir glauben, daß unter Schweigen von den französischen Arbeitern verstanden werden wird.

Die Einigungsresolution in Bern.

Branting verliest eine Erklärung der deutschen Mehrheitssozialisten, in der es heißt: Die deutsche Sozialdemokratie hat, wie immer, ihre Pflicht während des Krieges befolgt, jetzt durch die Tat der entschlossenen Willen bekräftigt, ihre ganze Kraft dem Aufbau der durch den Krieg zerstörten Welt zu widmen und im Geiste und im Dienste der Internationalen gemeinsam mit den Sozialisten aller Länder im Völkerbund der Sozialisten zu kämpfen.

Branting schlägt der Versammlung folgende Resolution vor: Die Konferenz in Bern erkennt an, daß sie die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit am Krieg geklärt ist, sowohl durch die Anpreisung, als auch durch die Erklärung der deutschen Mehrheit, die den revolutionären Geist des sozialistischen Deutschlands und dessen völlige Loslösung von dem des für den Krieg verantwortlichen alten Systems bekräftigt hat. Jedem die Konferenz die deutsche Revolution und die demokratischen und sozialistischen Einrichtungen, die sie herbeiführt hat, begrüßt. Recht ist die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationalen. Die weitere Erklärung, die die deutschen Delegierten in der Debatte über den Völkerbund abgegeben haben, überzeuge die Konferenz, daß von nun an die vereinigten Arbeiterkräfte der ganzen Welt die höchsten Mittel zur Niederhaltung jeden Militarismus und aller Verneinung, die internationale Demokratie zu verwirklichen, verbürgen und gewähren werden. Die Konferenz stellt in den in ihr gefällten Beschlüssen eine dauerhafte Vorarbeit und Überlieferung eines unauflösbaren internationalen Kongresses, dessen Einberufung unter normalen Bedingungen erfolgen kann, über die notwendige Frage der Verantwortlichkeit das Urteil der Internationalen zu fällen.

Diese Resolution, deren Verlesung mit wiederholtem Beifall begleitet wird, wird gegen wenige Stimmen von der Konferenz angenommen, nachdem der französische Deputierte Thomas zu den deutschen Sozialisten gelangt hatte: Ich will Euch ganz offen sagen, daß mein Vertrauen zu Euch noch nicht völlig wiederhergestellt ist, und es fällt mir deshalb schwer, für die Resolution zu stimmen. Ich tue es aber im Vertrauen auf die Massen, die hinter Euch stehen.

Die Einigungsresolution wird gegen eine Stimme angenommen. Dagegen stimmt Edgar Muthaus. Darauf wird Vertagung beschlossen.

Internationale Konferenz der Gewerkschaften.

Bern, 7. Februar. Nach einer Meldung der Schweizer Depeschen-Agentur wurde die Internationale Konferenz der Gewerkschaften Mittwoch abends in Anwesenheit von etwa 40 Delegierten durch den Präsidenten des Schweizer Gewerkschaftsbundes, Hans Scherzberger, eröffnet. Dieser wies darauf hin, daß es Aufgabe der Konferenz sei, die durch die Ermüdung der Kämpfer hervorgerufenen Programme der Kampfkongresse von Bern und Lausanne durch ein neues, weitgehendes Programm zu ersetzen. Das Ergebnis der Konferenz solle der Friedenskonferenz vorgelegt und als Mindestforderung in den internationalen Friedensvertrag aufgenommen werden. Eine Reihe von Fragen könne erst auf einer späteren Konferenz erledigt werden, da die jetzige nicht entsprechend einberufen worden sei. Er zeigte weiter: In dieser Sache die offiziellen Gewerkschaftsvertreter Amerikas, Englands, Belgiens. Die deutschen Delegierten sind am Montag in Bern eingetroffen. Als Vertreter des Internationalen Sekretariats wird Degeest heute in Bern eintreffen. Die Hauptaufgabe der Konferenz besteht in der Bestimmung der Sozialisierungsfrage. Man solle sich über die Frage der internationalen Gewerkschaftskommission und indirekt die Frage des Völkerbundes.

Der Vorsitzende schloß mit dem Wunsch nach Wiederherstellung der durch den Krieg gestörten Beziehungen unter den Gewerkschaften der verschiedenen Länder. Das Bureau wurde bestellt mit Scherzberger als Präsidenten, Rieter und Soeborg als Vizepräsidenten. Delegierte wurden angewiesen: Von Deutschland drei, Dänemark drei, Ungarn einer, Belgien einer, Frankreich drei, Griechenland zwei, Kanada einer, von den Schweizern zwei, Schweden drei, Norwegen drei, Dänemark zwei. Das nächste (Haupt-) Thema der Konferenz wird die internationale Gewerkschaftskommission sein, die über die Regelung der internationalen Beziehungen zwischen den Arbeitern und ihre Organisationen,

nicht aber die politische Parteien Instanzen beschließen müßten. Dementsprechend wurde beschlossen, die Entschärfungen der sozialistischen Vorkonferenz entgegenzunehmen.

Janßen (Deutschland) sagte u. a. aus: Es ist das Verdienst der französischen Gewerkschaften, von ihrer Regierung verlangt zu haben, daß beim Friedensschluß die Neuregelung des Arbeiterrechts durchgeführt werden sollte. Der achtstündige Arbeitstag ist heute eine Selbstverständlichkeit. Es ist noch nicht eingeführt, müssen ihn die Gewerkschaften unerschrocken mit allem Nachdruck fordern. In Anbetracht der schwachen Schwächung der Volkskraft in allen Ländern durch den Krieg hat der Gewerkschaftskongress die Aufgabe, energische Forderungen für den Schutz der Kinder, Jugendlichen und Arbeiterinnen aufzustellen. Als Altersgrenze für den Arbeitsschutz fordern wir heute 15 Jahre. Weitere Forderungen betreffen die Spargelne, die Arbeitszeit in kontinuierlichen Betrieben und die Helmschutzhüte. Zur Durchführung vieler Forderungen dürfen die bestehenden internationalen Vereinigungen für geistlichen Arbeit nicht mehr unter Kontrolle der Regierungen stehen. Mit den französischen Gewerkschaften und darum die Deutschen der Meinung, daß der Arbeiterkongress dem Völkerbund übertragen werden muß, der durch eine offizielle Einrichtung diesen Schutz durchführen hat. Außerdem verlangen wir eine ständige Kommission und ein ständiges internationales Amt, das aber nicht ein Amt der Regierungen, sondern ein Amt des Proletariats sein muß. Ferner ist ein internationales Arbeitsparlament zu schaffen, das sich aus Vertretern der Arbeiterorganisationen aller Länder zusammensetzen muß.

Die Antidemokraten.

Der „Vorwärts“ hatte geplatzt, in dem Aufruf der kommunistischen Partei Deutschlands eine Umänderung der Spartakisten an das demokratische Mehrheitsprinzip finden zu können. Mit den schärfsten Ausdrücken weist die „Rote Fahne“ diese Vermutung zurück. Wörtlich schreibt sie:

„Und wir weisen nach wie vor auf das „Vorwärts“ Mehrheitsprinzip, und das erwachende Proletariat wird nicht zur Feststellung von Mehrheitsprinzipien an die berühmte Wahlurne schreiten, sondern wird andere Wege finden, seinen Willen und den Sozialismus zur Herrschaft zu bringen.“

Unzweifelhaft kann man sich nicht als Gegner der Demokratie bekennen. Aber was ist die Arbeiterbewegung ohne Demokratie? Eine Interessenvertretung wie viele andere auch. Auch Hausbesitzer, Bäckermeister, Agrarier haben sich zur Verteidigung ihrer materiellen Interessen zusammengetan. Von ihren Taten meidet „kein Lied — kein Heldebuch“. Niemand als ein paar bezahlte Lohnschreiber hat sich für ihre Interessen begeistert. Das kommt, weil diese Kreise engere Interessen gegen Wohl und Interesse der Allgemeinheit vertreten haben. Nur die Arbeiterbewegung machte, wie das Laßalle in seinem Arbeiterprogramm bereits vorgelegt hat, hiervon eine Ausnahme, mit der Vertretung ihrer eigenen Interessen vertritt die Arbeiterbewegung auch die der Allgemeinheit. Das drückte sich bisher darin aus, daß die Arbeiterbewegung gleichzeitig demokratisch war, und dadurch das Interesse der Gesamtheit als mit dem ihren gleichlaufend anerkannte.

Hört die Arbeiterbewegung auf, demokratisch zu sein, dann hat sie ihr Bestes, ihr unsterbliches Teil verloren. Dann ist sie auch nur nackter Gelderwerbsapparat für einen Teil der Bevölkerung, nicht besser und nicht wertvoller als ein Hund der Hausgrazier. Wenn Allgemeinheit und Arbeiterbewegung nicht mehr miteinander, sondern gegeneinander gehen, dann braucht sich kein Dichter, kein Denker mehr für die Arbeiterbewegung zu begeistern; für den reinen Interessenegoismus werden niemals hohe geistige Kräfte mobilisiert werden.

Spartakus „pfeift“ auf das Mehrheitsprinzip. Er pfeift damit auf das, was der Arbeiterbewegung bisher den idealen Gehalt gegeben hat. Wir glauben, er wird solange auf Demokratie pfeifen, bis er selber auf dem letzten Loch pfeift.

Demokratie von unten auf.

In ganz Preußen, außer den östlichen Grenzgebieten, finden im Monat Februar Gemeindevahlen statt. Alle Parteien rüsten eifrig und wachen mit schönen Kommunalprogrammen auf. Die Partei, die auch auf diesem Gebiet von jeher eine feste und klare Politik verfolgt hat, ist die Sozialdemokratie. Gerade von ihrem sozialistischen Standpunkt aus mußte sie den Weg zu einer großzügigen Gemeindepolitik finden, welche die öffentlichen Mittel der Gemeinde dem Wohl und Nutzen der großen Bevölkerungsmasse dienlich macht. Ihr Gemeindeprogramm ist angewandter und praktischer Sozialismus, der sich in der Praxis als ebenso durchführbar wie segensreich erwiesen hat.

Die Bedeutung der Wahl geht aber über den engen Rahmen der Gemeinde hinaus. Die kommunalen Körperschaften entsenden ihrerseits Vertreter in die parlamentarischen Körperschaften der inneren preussischen Verwaltung, in die Kreisversammlungen und Kreistage. Auch die künftige Zusammenfassung der Provinziallandtage wird im letzten Endes von dem Ausgang der Gemeindevahlen abhängig. Gelingt es, den sozialdemokratischen Einfluß in den Gemeinden zum ausschlaggebenden Faktor zu machen, dann fallen auch die letzten Zunkerburgen, dann gerät der riesenhaft noch reaktionäre höhere Beamtenapparat unter die Kontrolle der Demokratie.

Ein großer Teil der Unabhängigen wartet allerdings mit einem skeptisch-tadialen Mittel auf: Abjehung der Beamten. Das klingt sehr einfach, ist aber nicht durchführbar. Die dazu raten, handeln wie das Kind, das sein Spielzeug zertrümmert, weil es ihm nicht mehr gefällt, und dann heftig wehlend zur Mutter läuft, und das Zertrümmerte wieder haben will. Der preussische Verwaltungsapparat ist trotz seines reaktionären Einschlags in seiner Art ein Kunstwerk, das auf 100jährigen Erfahrungen beruht. Er kann unmöglich mit einem Schlag beseitigt und durch einen vollkommen neuen Apparat ersetzt werden, der auch nur annähernd gleich regelmäßig funktioniert. Der höhere Beamte hat eine langjährige Ausbildungszeit und praktische Erfahrung hinter sich, die ihn einen unerschütterlichen Vorsprung vor dem Keuling gibt, mag dieser auch noch soviel guten Willen mitbringen. So berechtigt auch vielfach die Klagen über den preussischen Apparatismus sind, bis zur Ausbildung neuer Beamter ist er nicht ganz zu entbehren.

Man muß also die Erfahrungen und Kenntnisse der jetzigen Verwaltungsbeamten benutzen, aber durch geeignete Kontrollkörper dafür Sorge tragen, daß diese ihre Ämter nicht zu politischen Zwecken mißbrauchen. Das ist möglich, wenn die Sozialdemokratie in die kommunalen Selbstverwaltungsgremien bis hinunter zu den Provinziallandtagen die geeigneten Männer entsendet. Wenn diese dort ihrerseits Erfahrungen und Kenntnisse sammeln, dann brauchen wir auch einen Beamtenapparat nicht zu fürchten, mit dem jetzt die reaktionären Blätter von Schläge der „tägligen Kundgebung“ pöndig drohen.

Bei den in den letzten Tagen mit Vertretern des polnischen Obersten Volksrats in Posen zu Berlin vorgenommenen Verhandlungen erklärte die preussische Regierung im Einverständnis mit der Reichsregierung, daß sie gemäß dem Waffenstillstandsvertrage, der die staatliche Souveränität des Deutschen Reiches bezw. des preussischen Staates im Osten innerhalb der Reichsgrenzen vom August 1914 anerkennt, die Auflösung der polnischen Armee verlange. Ferner forderte die Regierung die Wiedereinführung der von den Polen in ihrer Amtsfähigkeit behinderten preussischen Gerichtsbarkeit. Die Bevollmächtigten des polnischen Obersten Volksrats erklärten zwar den Rechtsstandpunkt der preussischen Regierung nach der formalen Seite hin an, erklärten aber, die daraus preussischerseits hergeleiteten Forderungen angesichts der tatsächlichen Verhältnisse nicht erfüllen zu können. Insbesondere lehnten sie die sofortige Waffenlieferung ab. Statt dessen schlugen sie vor, die Verhandlungen auf zwei Wochen zu vertagen und während dieser Zeit beiderseits die Kampfhandlungen einzustellen.

Die preussische Regierung hat im Einverständnis mit der Reichsregierung dem polnischen Obersten Volksrat mitgeteilt, daß die Einstellung der Kampfhandlungen unter der Bedingung bewilligt werden könnte, daß keine polnische bewaffnete Formationen innerhalb der deutschen Reichsgrenzen verbleibe.

Seit dem 3. Februar liegt der Schlüssel in der Hand der Obersten Heeresleitung.

Aus Thorn wird gemeldet: Die Polen haben sich von Süden her auf etwa 20 Kilometer der Stadt genähert und stehen ungefähr in der Linie Groszopod—Wieroslawitz. Sie besitzen aber wenig oder keine Artillerie, während auf deutscher Seite im Festungsbereich Thorn naturgemäß nicht nur leichte, sondern auch schwere Artillerie vorhanden ist.

Die Räumung der Ukraine ist am 12. Februar beendet. Es ist gelungen, alle Truppen bis auf die in Dössa und Mikolajewsk abgezeichneten zurückzuführen.

Wirtschaftliches.

Die Lebensmittellieferung Deutschlands.

Der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Magnus Swenson, dem die Verteilung der amerikanischen Lebensmittel für die nördlichen und baltischen Länder übertragen ist, erklärte bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln einem Kopenhagener Journalisten, Amerika könne Deutschland ohne Zustimmung der Entente keine Lebensmittel liefern. In Amerika habe man die Auffassung, daß die Lebensmittel in Deutschland zum Teil auf ungenügende Organisation der Verteilung der Lebensmittel zurückzuführen sei. Das Land sei nicht von Vorräten entblößt. Die Reichen könnten sich genügend Lebensmittel verschaffen, nur die ärmeren Bevölkerungsklassen müßten hungern. Diese Zustände müßten geändert werden.

Dieser amerikanische Standpunkt gibt der Regierung und allen Lebensmittelbehörden in Deutschland die dringendste Veranlassung, jetzt endlich die noch immer nicht ausreichenden Maßnahmen zur Unterdrückung des Schleichhandels und der Rietenhammerei zu treffen. Das Geld der großbürgerlichen Klasse über die neuzeit angeklündete Revolution der häuslichen Lebensmittelvorräte halber deutlich bewiesen, daß da noch viel verborgen ist, was der Bevölkerung zu Unrecht entzogen wurde. Wenn einerseits die härtesten Maßnahmen zur Sicherung der verprochenen Lebensmittelzufuhr in den Häfen getroffen sind, um den Anprüden der Entente gerecht zu werden, dann muß diese Bedingung, die tatsächlich den elementarsten Grundfragen der Ernährung entspricht, erst recht erfüllt werden. Und zwar so rasch als irgend möglich!

Keine Erlaubnis für die Hochseefischerei.

Wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, lehnten die Alliierten es ab, die von Deutschland nachgesuchte Erlaubnis zur Fischeret in Skagerrak und Rattenat zu erteilen. Die deutsche Bitte, die Fischeret in der Nordsee bis zur Linie Havniss-Borkum freizugeben, werde, wie sie weiter mitteilen, erst dann genehmigt werden, wenn die Forderung des Artikels 22 des Waffenstillstandsvertrages durchgeführt sei, der die Ausfuhr aller land- und schiffsbereiten Unterprodukte, Kreuzer, Minenleger und Bootschiffe sowie Bootschiffe vorschreibt. Es werde demnach eine englische Untersuchungskommission in Deutschland eintreffen, um die Durchführung der Maßnahmen zu überwachen. Die Genehmigung zur Fischeret in der Nordsee innerhalb der erwähnten Zone werde schon von dem Bericht dieser Kommission abhängen.

Aus Nah und Fern.

Für 70 000 Mark Nahrung geraubt. Von vier Soldaten und drei Zivilisten wurde in Berlin ein Turke ausgeplündert. Der Mann hatte für 70 000 Mark Genschwiger Garn eingekauft und bot es durch Vermittler in Teilposten zum Kauf an. Das Angebot veranlaßte die Einbrecher in der Maske von Kriminalbeamten das ganze Garnlager auszurauben. Sie erschienen in dem Hause und verlangten von dem Wirtner des Nahrungsgarns, das sie als Heeresgut beschlagnahmen müßten. Als der Wirtner dies verweigerte, sperrten sie ihn ein, schloßen das Haus ab, öffneten den Keller, holten das Garn heraus und schafften es mit einem Fuhrwerk weg. Der Kriminalpolizei gelang es, fünf der Einbrecher zu verhaften, während zwei noch gesucht werden. Ein großer Teil des Garns konnte wieder herbeigeschafft werden. — Für 30 000 Mark Hüte gelang Einbrecher in der letzten Nacht in dem Gutshaus von Gärden in der Friedrichstraße in Berlin erbeutet.

Aus Gucht vor Einbrechern machte in Berlin eine 23 Jahre alte Stragenbahnkassiererin ihrem Leben ein Ende, indem sie sich in ihrer Wohnung mit Leuchtgas vergiftete. Nach aufgefundenen Briefen war bei ihr bereits zweimal eingebrochen worden. Aus Gucht vor weiteren Einbrüchen beging sie die Vergewaltigungstat.

Wunderungen im Elbaj. Nach Schweizer Meldungen führte im Elbaj die große Lebensmittelverknappung zu Wundersungen auf den Wochenmärkten, sowie in den Metzgereien und Bädereien. Von der durch Soldaten verstärkten Gendarmen wurden 100 Personen verhaftet. Die elbajische Presse ermahnt die kaiserliche Regierung darum, Lebensmittel zu liefern, da es sonst zu großen Ausschreitungen kommen könnte.

700 000 Mark erbeutet. Aus München wird berichtet: Der 25 Jahre alte Kaufmann Hans Schütz, der Sohn eines angesehenen Bergwerksbesitzers in Sachsen, verschaffte sich als Schreiber eine Anstellung im Ministerium des Außern. Dort kahl er Schriftstegen mit dem Anstrich „Postfach Bayern“ und mißbrauchte amtliche Stempel. Hierauf erwiderte er sich bei Firmen und Industriellen eine Gesamtsumme von 700 000 Mark.



# Aufruf.

Dunkles Kriegswölfe zieht weiter herauf. Alle Hoffnungen auf den lang-ersehnten Frieden können in den nächsten Wochen zunichte werden.

Der Bürgerkrieg tobt weiter. Es geht nicht mehr um Berlin allein. Die bolschewistische Welle droht ganz Deutschland zu überfluten.

Mit Hochdruck arbeitet der russische Bolschewismus an der Vertiefung der deutschen Revolution, um sie in einer kommunistischen Weltrevolution aufgehen zu lassen. Kadei, der Propagandachef des russischen Bolschewismus, bleibt mit einem ganzen Stab von Agenten und führenden Männern der russischen Sowjet-Republik in Deutschland, um das irreguläre deutsche Proletariat in einen neuen Weltkrieg gegen die Entente zu treiben. Die deutsche Spartakusbewegung ist nur ein Werkzeug in der Hand der bolschewistischen Auslandspolitiker.

Ueber unserer deutschen Heimat schwebt die Gefahr, daß sie beim Zusammenprall des russischen Bolschewismus mit den Staaten des Westens zum Kriegsschauplatz wird. Die bolschewistischen Heere stehen schon dicht vor Ostpreußens Grenzen.

Unter dem Druck vom Osten und unter dem Druck der wirtschaftlichen Not wird im Innern Deutschlands die bolschewistische Revolution lebend erhalten. Deutschland droht sich zu spalten in West und Süd einerseits, die der Entente verfallen, und Nord und Ost andererseits, die unter den Terror des russischen Bolschewismus geraten, und beide Teile werden beim bevorstehenden Kampf als Vortrupp mißbraucht werden.

**Deutschland brennt!**

Aus der Not des Weltkrieges und der Revolution, aus der wirtschaftlichen Auflösung des Volkskörpers und aus der geistig-ethischen Zersetzung der

**Bankkonto Mitteldeutsche Creditbank Depositenkasse D, Berlin, Potsdamerstr. 116.**

(9025)

Ernst Troeltsch. Adam Stegerwald. Maximilian Pfeiffer. Adolf Grabowski. Eduard Stadler. Graf Bernstorff. Friedrich Naumann. Siegfried Oerschlag. Heinr. v. Gleichen. Osk. Müller. Fritz Siebel. D. W. Schneemelcher. Joachim Fiburtius. Arbeitsgemeinschaft d. Berliner Studenten.

Massenleere steigt der Bolschewismus als rohe Gewalt empor, die den letzten Rest des Besten an der deutschen Vergangenheit und das Fruchtbare an der deutschen Revolution zu verichlingen droht.

Eine Rettung ist nur möglich, wenn ganz Deutschland in dieser Stunde über allen Parteihader, Standesunterschied, Klassengegenstand hinweg die Abwehr der bolschewistischen Gefahr des Ostens zum Schutze der eigenen Kultur mit aller Energie annimmt, wenn Deutschland im Kampf gegen den Bolschewismus sich eins fühlt und diese Einigkeit nach Ost und West behauptet.

Deutschlands gegenwärtige Aufgabe besteht darin: der Barbarengefahr des Ostens, die in Gestalt des russischen Bolschewismus heraufzieht, mit aller Macht zu begegnen. Nur wenn wir Deutsche uns behaupten, wird die abendländische Kultur gerettet werden können.

**Noch ist es Zeit!**

An alle Parteien, an alle Stände, an alle Stämme des Deutschen Reiches ergeht deshalb der Ruf:

**Schließt Euch zusammen!**

Schafft eine Volksbewegung zum Schutze der deutschen, der europäischen Kultur, eine Liga von geistigen Kämpfern gegen den Weltbolschewismus. Setzt den deutschen Staat der sozialen und kulturellen Erneuerung der Anarchie des Ostens entgegen!

**Antibolschewistische Liga** Liga zum Schutz der deutschen Kultur

Zentralbüro Berlin W 35, Lützowstr. 107.

## Bezugsscheinfrei

besonders preiswert und in guten Qualitäten kaufen Sie jetzt

**Kleider, Mäntel, Röcke  
Morgenröcke und Blusen**  
aus Wolle, Halbwolle u. Kunst-  
wolle für Damen und Kinder

sowie

**Mantel- u. Kostümstoffe**

Rudolph **Karstadt** Lübeck

**Kriegsanleihe**

wird auch im Februar zu 98% in Zahlung genommen.

## Deutscher Metallarbeiterverband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

## Mitglieder-Versammlung

aller in den Eisen- u. Metallgießereien  
beschäftigten Kollegen und Kolleginnen

am Montag, dem 10. Febr., abends 7<sup>1/2</sup> Uhr  
im **Gewerkschaftshaus.**

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines Delegierten zum Branchenkongreß in Würzburg.
2. Branchenangelegenheiten.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.

**Die Ortsverwaltung.**

## Zweiter Vortragsabend

der Ortsgruppe Lübeck des Reichsbundes  
zum Schutze der deutschen Kriegs- und  
Zivilgefangenen

am Montag, dem 10. Februar 1919  
abends 7 Uhr

in der geheizten Aula des Johanneums.  
Mitteilungen über Ergebnisse in d. Zivilgefangenschaft  
in England . . . . . Helmut Haterschauer.

Jedermann ist herzlich willkommen. (36)  
Am Ausgange wird eine Sammelbüchse zur Entgegennahme  
von Gaben für den Gefangenenbeschutz ausgestellt werden.

## General-Versammlung

der  
**Hansjägervereine-  
Zukunftsliga**

am Montag, d. 10. Februar  
abends 8 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Tages-Ordnung:  
1. Jahresabrechnung.  
2. Vorstandswahl.

(9044) Der Vorstand.  
NB. Kameraden, die gewillt  
sind, den Vortragsposten zu über-  
nehmen, haben sich in der Ver-  
sammlung zu melden.

## Gezelligkeitshaus Cintenhof, Jiraelisber.

Modernes Stabliement am Blige  
Pente, Sonntag, 9. Februar:

**Berühmte Badkassl.**

Saalöffn. 8<sup>1/2</sup> Uhr Anfang 4 Uhr  
Sitzstühle u. Balkentische für Herren  
2. - St. für Damen 1. - St.

für gemütliche Ertragsbahn u. Spät-  
abendvergnügen. Schluß um ca. 11 Uhr.  
Th. Gerdtner.

## Arbeiter-Radfahrer-Verein Kücknitz.

Sonntagsab. den 15. Februar:

**Maskenball**

verköndet mit Kappweier  
im Saale d. Herrn Dieckmann.  
Eröffnung 8 Uhr. Auf 7 Uhr.  
Scherben und Zapfen sind  
im Hotel zu haben. (9067)

## Konsumverein für Lübeck u. Umg.

e. G. m. b. H.

## Verbraucher

die die zur Verteilung kommenden Waren durch uns zu be-  
ziehen wünschen, bitten wir, ihre

**neuen Lebensmittelkartenhefte**

bis zum **Montag, dem 10. Februar** in einer unserer Waren-  
abgabestelle anzumelden.

**Die Mitgliedschaft**

erwirbt man durch Zahlung eines Eintrittsgeldes von 50 Pfg.  
Der außerdem zu leistende Geschäftsanteil beträgt Mk. 50.—,  
kann aber in beliebigen Raten von 50 Pfg. einbezahlt werden.

**Die Aufnahme neuer Mitglieder**

erfolgt in allen unseren Warenabgabestellen.

8939

Der Vorstand.

**Haustier (innen)**  
für leicht veräußern und in  
jedem Haushalte unentbehrlichen  
sogenden Mittel gesucht. (8954)  
Hans Bartn.  
Rantzenb. 1. Schloßstr. 1.

Zahn-Praxis (8945)  
**WILLY KOCH**  
Lübeck, Holstenstr. 21, 1.

## Chorverein Lübeck.

**Achtung, Damenchor!**

Die Gesangsgruppe findet nicht am  
Dienstag, dem 11. Februar,  
sondern am **Montag,**  
dem 10. Februar, abends 8 Uhr.  
Halt. (8956)  
Der Vorstand.

**Sterbekasse  
„Die Vertrauliche“**  
Lübeck.

## General-Versammlung

am **Mittwoch, 12. Februar**  
pünktlich 8<sup>1/2</sup> Uhr abends  
im **Kriegerzimmer**  
des **Bürgerversins.**

Tagesordnung:  
Jahresbericht, Rechnungsablage,  
Erhebung d. Vorstandes, Wahlen,  
Antrag des Vorstandes auf Nach-  
prüfung der Satzungen.  
(8960) Der Vorstand.

## Brennholz

in Kloben von 20 cm Länge zum Preise  
von Mk. 6.00 Ztr. frei Haus sowie ab  
Lager Mühlenstraße 48

**Piehl & Fehling**

Kohlen-Abteilung. Mühlenstraße 48.  
(8979) Fernsprecher 1033.

Um Neueintragung für  
**Mühlenfabrikate,  
Aufstrichmittel,  
Zucker,  
Kaffee-Ersatzmittel** (8999)  
bittet freundlichst  
**Eduard Speck,**  
Huxstraße 80 u. 82.

**Sauertohl**  
1 Pfd. 25 Pfg., 10 Pfd. 2,30 Mk.  
**Salzgurken**  
1 Pfd. 1,80 Mk.  
**Grüne Bohnerwaffe,**  
1 Pfd. 3 Mk., 5 Pfd. 14 Mk.  
**Eduard Speck,**  
(8998) Süßgrube 30 u. 32.



**Blockwagen**

in allen Größen, bis 8 Ztr.  
Tragkraft. (8947)  
**G. Bliesath Ww., Sandstr. 9.**